



Amtliche Mitteilungen

Nr. 99

Datum: 23.3.2009

**Besondere Bestimmungen des
Fachbereichs Ingenieurwissenschaften für
den Studiengang Maschinenbau mit dem
Abschluss Bachelor of Engineering (B. Eng.)**

Herausgeber:

Präsident
FH Wiesbaden
Kurt-Schumacher-Ring 18
65197 Wiesbaden

Redaktion:

Abteilung IV
Carola Langer
Tel. Nr.: 0611 9495-1601
Email: clanger@rz.fh-wiesbaden.de

Aufgrund des § 50 Abs.1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 05. November 2007 (GVBl I S. 710 ff und 891) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Ingenieurwissenschaften der Fachhochschule Wiesbaden die u.a. Prüfungsordnung am 08.04.2008 erlassen. Sie entspricht den Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Fachhochschule Wiesbaden (ABPO) vom 10.12.2002 (StAnz 2003, S. 214 ff.) in der Fassung der Amtlichen Mitteilungen der Fachhochschule Wiesbaden Nr. 37 vom 22.9.2005. Sie wurde in der 64. Sitzung des Senates der Fachhochschule am 06.05.2008 beschlossen und vom Präsidenten am 13.05. 2008 gem. § 94 Abs. 4 HHG genehmigt.

Allgemeine Bestimmungen für Prüfungsordnungen (ABPO) der Fachhochschule Wiesbaden vom 10. Dezember 2002 in der Fassung der Amtlichen Mitteilungen Nr. 37 vom 22.9.2005

Vorbemerkung

Nach §§ 33 und 39 Abs. 2 Nr. 2 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 31. Juli 2000 (GVBl. I S. 374) erlässt der Senat der Fachhochschule Wiesbaden – University of Applied Sciences auf Grund des Beschlusses vom 10. Dezember 2002, geändert am 5.7.2005, die folgenden Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen (ABPO). Sie enthalten die für die Prüfungsordnungen aller Fachbereiche und Studiengänge der Fachhochschule Wiesbaden – University of Applied Sciences verbindlichen Regelungen. Sie sind Bestandteil der jeweiligen Prüfungsordnungen und werden ergänzt durch die von den Fachbereichen zu treffenden studiengangsspezifischen Regelungen, die in den Besonderen Bestimmungen fest zu legen sind.

Inhalt

- 1. Allgemeines**
 - 1.1 Dauer und Gliederung des Studiums
 - 1.2 Prüfungen, akademische Grade
 - 1.3 Module und Leistungspunkte
 - 1.4 Anrechnung von Leistungsnachweisen
- 2. Prüfungsorgane**
 - 2.1 Prüfungsamt
 - 2.2 Prüfungsausschüsse
 - 2.3 Prüfungskommissionen
- 3. Zwischenprüfung, Diplom-, Bachelor-, Masterprüfung**
 - 3.1 Zwischenprüfung
 - 3.2 Diplom-, Bachelor-, Masterprüfung
- 4. Fachprüfungen, Prüfungsleistungen, Studienleistungen und ihre Bewertung**
 - 4.1 Fachprüfungen und Prüfungsleistungen
 - 4.2 Studienleistungen
 - 4.3 Bewertung der Prüfungs- und Studienleistungen
 - 4.4 Notenbekanntgabe
- 5. Zulassung zu Prüfungen**
 - 5.1 Antrag auf Zulassung
 - 5.2 Zulassung
- 6. Diplomarbeit, Bachelor-Thesis, Master-Thesis**
 - 6.1 Ziel
 - 6.2 Betreuung
 - 6.3 Ausgabe, Rückgabe und Abgabe

Besondere Bestimmungen des Fachbereichs Ingenieurwissenschaften für den Studienbereich Maschinenbau der Fachhochschule Wiesbaden - University of Applied Sciences - für den Studiengang Maschinenbau mit dem Abschluss Bachelor of Engineering (B.Eng.)

Vorbemerkung

Aufgrund des § 50 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 05. November 2007 (GVBl. I S. 710ff und 891) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Ingenieurwissenschaften der Fachhochschule Wiesbaden am 8. April 2008 die o.a. Prüfungsordnung erlassen. Sie entspricht den Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Fachhochschule und wurde in der Sitzung des Senats der Fachhochschule am 6. Mai 2008 beschlossen und vom Präsidenten am 13. Mai 2008 gemäß § 94 Abs. 4 HHG genehmigt.

- 6.4 Form
- 6.5 Bearbeitungszeit
- 6.6 Bewertung
- 7. Nichtbestehen, Versäumnis, Rücktritt, Täuschung**
- 7.1 Nichtbestehen
- 7.2 Versäumnis und Rücktritt
- 7.3 Täuschung und Störung

- 8. Wiederholung von Prüfungsleistungen**
- 8.1 Nichtwiederholbarkeit bestandener Prüfungsleistungen
- 8.2 Freiversuch
- 8.3 Erste Wiederholung
- 8.4 Zweite Wiederholung
- 8.5 Fristen
- 8.6 Folgen des endgültigen Nichtbestehens

- 9. Akteneinsicht**

- 10. Widerspruch**

- 11. Zeugnisse, Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades**
- 11.1 Zeugnis der Zwischenprüfung und Abschlusszeugnis
- 11.2 Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades
- 11.3 Diploma Supplement

- 12. Ungültigkeit von Prüfungen**
- 12.1 Täuschungen
- 12.2 Zulassungsmängel
- 12.3 Anhörung
- 12.4 Ausschlussfrist

- 13. Einstufungsprüfung**
- 13.1 Voraussetzung
- 13.2 Antrag auf Zulassung
- 13.3 Zulassung
- 13.4 Form und Ergebnis

- 14. Absolventinnen und Absolventen von Berufsakademien**
- 14.1 Weiterstudium zum Diplom
- 14.2 Verfahren

- 15. Sprachregelungen**
- 16. Schlussbestimmungen**
- 16.1 Anpassungsfrist
- 16.2 Inkrafttreten

- 1. Allgemeines**
- 1.1 Dauer und Gliederung des Studiums
- 1.1.1 Für Studiengänge, die mit der Diplomprüfung als erstem berufsqualifizierenden Abschluss abschließen, beträgt die Regelstudienzeit acht Semester. Sie umfasst mindestens sechs theoretische und ein oder zwei Berufspraktische Studiensemester (BPS) sowie die Prüfungen einschließlich der Diplomarbeit.
Für Teilzeitstudiengänge sowie berufsintegrierte

und duale Studiengänge können die Besonderen Bestimmungen eine längere Regelstudienzeit vorsehen.

1.1.2 Für Studiengänge, die mit der Bachelorprüfung als erstem berufsqualifizierenden Abschluss abschließen, beträgt die Regelstudienzeit sechs, sieben oder acht Semester. Sie umfasst mindestens sechs theoretische und nicht mehr als ein Berufspraktisches Studiensemester sowie die Prüfungen und – sofern die Besonderen Bestimmungen dies vorsehen – die Bachelor-Thesis.

1.1.3 Für Studiengänge, die mit der Masterprüfung als weiterem berufsqualifizierenden Abschluss abschließen, beträgt die Regelstudienzeit zwei, drei oder vier Semester. Sie umfasst die Prüfungen einschließlich der Master-Thesis.

1.1.4 Bei konsekutiven Studiengängen, die zu Graden nach 1.1.2 und 1.1.3 führen, beträgt die Gesamtregelstudienzeit höchstens zehn Semester.

1.1.5 Der Stundenumfang bei einem Vollzeit-Diplomstudiengang beträgt zwischen 140 und 170 Semesterwochenstunden (SWS). Bei Teilzeitstudiengängen sowie bei berufsintegrierten und dualen Studiengängen können die Besonderen Bestimmungen abweichende Werte festlegen.

Der Stundenumfang für einen Vollzeit-Bachelorstudiengang soll bei einer Regelstudienzeit von 6 Semestern zwischen 120 und 150 SWS, bei einer Regelstudienzeit von 7 Semestern zwischen 130 und 160 SWS und bei einer Regelstudienzeit von 8 Semestern zwischen 140 und 170 SWS betragen. Bei Teilzeitstudiengängen sowie bei berufsintegrierten und dualen Studiengängen können die Besonderen Bestimmungen abweichende Werte festlegen. Die Akkreditierung regelt den verbindlichen Wert.

Der Stundenumfang für einen Vollzeit-Masterstudiengang soll bei einer Regelstudienzeit von 4 Semestern zwischen 50 und 70 SWS, bei einer Regelstudienzeit von 3 Semestern zwischen 40 und 60 SWS und bei einer Regelstudienzeit von 2 Semestern zwischen 30 und 50 SWS betragen. Bei Teilzeitstudiengängen sowie bei berufsintegrierten und dualen Studiengängen können die Besonderen Bestimmungen abweichende Werte festlegen. Die Akkreditierung regelt den verbindlichen Wert.

Bei normalen Vollzeitstudiengängen sind die Anforderungen so zu bemessen, dass pro Semester durchschnittlich 30 Leistungspunkte zu erwerben sind (vgl. 1.3).

1.1.6 In Diplomstudiengängen gliedert sich das Studium in das Grund- und das Hauptstudium. Das Grundstudium umfasst nach Maßgabe der

zu 1.1.2

Das Studium zum Bachelor of Engineering gliedert sich in ein 3-semesteriges Grundstudium und ein 4-semesteriges Hauptstudium einschließlich einer berufspraktischen Tätigkeit (BPT) im Umfang von 18 CP und der Bachelor-Thesis im Umfang von 12 CP.

Zu 1.1.6

Siehe Punkt 1.1.2

jeweiligen Studien- und Prüfungsordnungen mindestens zwei und höchstens vier Studiensemester.

Bei Bachelor-Studiengängen können die Besonderen Bestimmungen vorsehen, dass sie in ein Grund- und ein Hauptstudium gegliedert sind. In diesem Falle sind die entsprechenden Regelungen für Diplomstudiengänge dieser Allgemeinen Bestimmungen analog anzuwenden.

- 1.1.7 Das Berufspraktische Studiensemester bzw. die Berufspraktischen Studiensemester ist bzw. sind eine von der Hochschule geregelte und betreute berufspraktische Tätigkeit im Hauptstudium von jeweils mindestens vier Monaten Dauer. In Ausnahmefällen, insbesondere wenn ausreichend Praxisstellen nicht zur Verfügung stehen, oder in berufsintegrierten oder dualen Studiengängen sowie in Teilzeitstudiengängen kann die betreute berufspraktische Tätigkeit durch eine andere, gleichwertige berufspraktische Tätigkeit oder durch gleichwertige Praxisprojekte ganz oder teilweise ersetzt werden. Näheres regeln die Besonderen Bestimmungen.

Die Besonderen Bestimmungen treffen Regelungen über die Anerkennung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit als BPS.

- 1.1.8 Zusätzlich kann eine berufspraktische Tätigkeit (Vorpraxis) gefordert werden. Die Besonderen Bestimmungen regeln den Gesamtumfang dieser Vorpraxis sowie den Zeitpunkt, zu dem diese nachgewiesen werden muss. Eine einschlägige berufliche Tätigkeit wird angerechnet.
- 1.1.9 Teilzeitstudiengänge sind so zu organisieren, dass die Regelstudienzeit die doppelte Semesterzahl eines entsprechenden Vollzeitstudiums nicht überschreitet. Entsprechendes gilt ggf. für die Dauer des Grundstudiums bis zur Zwischenprüfung.
- 1.2 Prüfungen, akademische Grade
- 1.2.1 Das Grundstudium wird durch die Zwischenprüfung abgeschlossen. Diese dient der Feststellung, ob das Ziel dieses Studienabschnittes erreicht wurde.
- 1.2.2 Die Diplomprüfung schließt das Hauptstudium eines Diplomstudiengangs, die Bachelorprüfung einen Bachelorstudiengang und die Masterprüfung einen Masterstudiengang ab. Sie dienen der Feststellung, ob die Kandidatin oder der Kandidat die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat, die Zusammenhänge des studierten Faches überblickt und die Fähigkeit besitzt, methodisch und selbstständig auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage zu arbeiten.
- 1.2.3 Auf Grund der bestandenen Diplomprüfung verleiht die Hochschule den Diplomgrad mit Angabe der

zu 1.1.7 und 1.1.8

Die erforderlichen berufspraktischen Tätigkeiten sind mit den übrigen Teilen des Studiums inhaltlich und zeitlich abzustimmen. Die verlangte berufspraktische Tätigkeit umfasst:

1. Ein Vorpraktikum (Vorpraxis) von insgesamt 12 Wochen ist nachzuweisen. Es wird empfohlen, 8 Wochen dieses Praktikums vor Studienbeginn zu absolvieren. Der Nachweis des gesamten Praktikums ist spätestens zur Anmeldung der zu erbringende berufspraktische Tätigkeit (BPT) vorzulegen. Einzelheiten regelt die Anlage C 1.3.

2. Eine im Hauptstudium zu erbringende berufspraktische Tätigkeit (BPT). Die berufspraktische Tätigkeit wird anstelle eines berufspraktischen Studiensemesters (BPS) vorgesehen. Einzelheiten regelt die Anlage C 1.4.

<p>Fachrichtung, der durch den Zusatz „Fachhochschule“ („FH“) ergänzt wird.</p>	
<p>1.2.4 Auf Grund der bestandenen Bachelorprüfung verleiht die Hochschule den Bachelorgrad entsprechend der Akkreditierung.</p>	<p>zu 1.2.4 Nach bestandener Abschlussprüfung verleiht die Fachhochschule den akademischen Grad "Bachelor of Engineering", abgekürzt mit „B.Eng.“, entsprechend der Akkreditierung durch die Akkreditierungsagentur.</p>
<p>1.2.5 Auf Grund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Hochschule den Mastergrad entsprechend der Akkreditierung.</p>	
<p>1.3 Module und Leistungspunkte</p>	
<p>1.3.1 Die Studiengänge sind modular aufgebaut. Ein Modul ist ein zusammengehörendes Lehr- und Lerngebiet, das Inhalte eines einzelnen Semesters oder eines Studienjahres umfasst, sich aber auch über mehrere Semester erstrecken kann. Das Modul wird grundsätzlich mit Prüfungsleistungen abgeschlossen.</p>	<p>zu 1.3.1 Für jedes Modul der Anlage C 1.1 wird eine detaillierte Modulbeschreibung mit den konkreten Lehrinhalten und Lernzielen erstellt und in einem Modulhandbuch zusammengefasst. Dieses wird im Fachbereich geführt und fachbereichsöffentlich vorgehalten.</p>
<p>1.3.2 Jedem Modul werden in den Studien- und Prüfungsordnungen der Studiengänge Leistungspunkte zugeordnet. Basis der Leistungspunktvergabe ist das European Credit Transfer System (ECTS). Die Verwendung von anderen Leistungspunktsystemen ist möglich, soweit die Kompatibilität mit dem ECTS gewährleistet ist.</p>	
<p>1.3.3 Leistungspunkte sind ein quantitatives Maß für die Gesamtbelastung der oder des Studierenden. Sie beziehen sich auf die Teilnahme an Veranstaltungen (Präsenzstudium), die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes, die Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und studienbegleitenden Arbeiten, den Prüfungsaufwand sowie die Praktika.</p>	
<p>1.3.4 Für die Studien- und Prüfungsleistungen eines normalen Vollzeit-Studiengangs sind pro Semester 30 Leistungspunkte zu vergeben. Nach erfolgreichem Abschluss eines Moduls gemäß 1.3.1 werden die entsprechenden Leistungspunkte getrennt von den erzielten Prüfungsergebnissen erfasst und ausgewiesen.</p>	
<p>1.4 Anrechnung von Leistungsnachweisen</p>	
<p>1.4.1 Beim Wechsel von einem gleichnamigen oder verwandten Studiengang einer Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland werden Prüfungs- und Studienleistungen einschließlich Praktika entsprechend ihren Kreditpunkten und den in den zugehörigen Lehrveranstaltungen vermittelten Inhalten angerechnet. Davon abhängig wird auch die anzurechnende Studienzeit festgelegt.</p>	
<p>1.4.2 Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in</p>	

Inhalt, Anzahl der Kreditpunkte und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Fachhochschule Wiesbaden im wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

1.4.3 Die Zwischenprüfung in einem gleichnamigen Studiengang wird bei derselben Anzahl von Kreditpunkten (ersatzweise derselben Anzahl von theoretischen Studiensemestern) im Grundstudium ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt. Soweit die Zwischenprüfung Fächer nicht enthält, die an der Fachhochschule Wiesbaden Gegenstand der Zwischenprüfung, nicht aber der Abschlussprüfung sind, ist eine Anerkennung mit Auflagen möglich.

1.4.4 Ziff. 1.4.1 bis 1.4.3 gelten für eine in einem staatlich anerkannten Hochschul-Fernstudium oder an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademie erworbene Leistung entsprechend. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind die gemeinsamen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

1.4.5 Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Beim Fehlen von Äquivalenzvereinbarungen entscheidet der Prüfungsausschuss auf Grund eigener Sachkunde.

1.4.6 Die Entscheidungen nach Ziffern 1.4.1 bis 1.4.5 trifft der Prüfungsausschuss auf Grund eigener Sachkunde. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

Die Studierenden haben sämtliche für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

Die Besonderen Bestimmungen können weitere Regelungen bzgl. des Anrechnungsverfahrens, etwa zur Beteiligung von Fachdozentinnen und -dozenten, enthalten.

2. Prüfungsorgane

2.1 Prüfungsamt

2.1.1 Das Prüfungsamt ist für die Organisation des Prüfungswesens an der Fachhochschule einschließlich der Erteilung der Zeugnisse und Diplom-, Bachelor- und Masterurkunden zuständig.

2.1.2 Das Prüfungsamt achtet darauf, dass die

zu 1.4.6

1. Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Andernfalls entscheidet der Prüfungsausschuss aufgrund eigener Sachkunde.

2. Entscheidungen über die Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen trifft der Prüfungsausschuss unter Anhörung der betroffenen Fachdozenten und Fachdozentinnen.

Bestimmungen der Prüfungsordnungen eingehalten werden. Die Verantwortlichkeit der Dekanate bzw. Fachbereiche nach § 23 Abs. 6 HHG bleibt unberührt. Die das Prüfungsamt leitende Vizepräsidentin oder der das Prüfungsamt leitende Vizepräsident hat das Recht, an den Sitzungen der Prüfungsausschüsse beratend und an den mündlichen Prüfungen als ZuhörerIn oder Zuhörer teilzunehmen.

Das Prüfungsamt erhält ohne gesonderte Anforderung je ein Exemplar aller Einladungen, Beschlüsse und Protokolle der Prüfungsausschüsse der Fachbereiche.

2.1.3 Fachbereiche mit mehr als 1000 Studierenden können durch Beschluss ihres Fachbereichsrates ein eigenes Prüfungsamt bilden. Ziffern 2.1.1 und 2.1.2 gelten entsprechend. Das Recht der das Prüfungsamt leitenden Vizepräsidentin oder des das Prüfungsamt leitenden Vizepräsidenten nach 2.1.2 besteht auch in diesem Falle.

2.2 Prüfungsausschüsse

2.2.1 Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen in den einzelnen Studiengängen sind die Prüfungsausschüsse der Fachbereiche zuständig. Die Verantwortlichkeit des Dekanats für die Prüfungsorganisation (§ 23 Abs. 6 HHG) sowie für die Studien- und Prüfungsorganisation (§ 51 Abs. 1 HHG) bleibt unberührt. Für jeden Fachbereich bildet der Fachbereichsrat mindestens einen Prüfungsausschuss; weitere Prüfungsausschüsse können eingerichtet werden. Es ist jeweils festzulegen, für welchen Studiengang bzw. für welche Studiengänge ein Prüfungsausschuss zuständig ist. Den Prüfungsausschüssen obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Bestellung der Prüferinnen oder Prüfer und Beisitzerinnen oder Beisitzer (Prüfungskommission),
2. Festlegung der Meldefristen für die Prüfungen,
3. ggf. Festlegung der Rücktrittsfristen,
4. Bestimmung der Termine der Prüfungsleistungen sowie deren Bekanntgabe durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses; jährlich sind mindestens zwei Prüfungstermine pro Prüfungsleistung vorzusehen,
5. Entscheidung über Prüfungszulassungen,
6. Festlegung der Fristen für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistungen durch die Prüfenden,
7. Überwachung der Einhaltung der Prüfungsordnungen; Anregungen zur Reform der Studien- und Prüfungsordnungen,
8. Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen,
9. die Anerkennung der berufspraktischen Tätigkeit

nach Ziffer 1.1.7 und 1.1.8. Der Fachbereichsrat kann Praktikumsbeauftragte benennen, die dem Prüfungsausschuss zuarbeiten.

Die Prüfungsausschüsse haben das Recht, die Termine von Studienleistungen festzulegen, falls diese in Form einer Klausur erbracht werden.

- 2.2.2 Dem Prüfungsausschuss gehören drei Mitglieder der Gruppe der Professorinnen und Professoren und zwei Studierende an. Das Dekanat kann mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat gewählt, Professorinnen und Professoren für zwei Jahre, die Studentinnen und Studenten für ein Jahr. Die Amtsperiode der oder des Vorsitzenden beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Bei Prüfungsangelegenheiten, die ein studentisches Mitglied des Prüfungsausschusses persönlich betreffen, ruht dessen Mitgliedschaft in bezug auf diese Angelegenheit.

Der Prüfungsausschuss wählt aus dem Kreis der ihm angehörenden Professorinnen und Professoren eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter, die oder der die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vorbereitet und ausführt.

- 2.2.3 Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit über die Kenntnisse, die sie auf Grund ihrer Tätigkeit in Prüfungsangelegenheiten erlangen, verpflichtet; sie bestätigen diese Verpflichtung durch ihre Unterschrift, die zu den Akten genommen wird. Die Mitglieder haben das Recht, an den mündlichen Prüfungen als Zuhörerinnen und Zuhörer teilzunehmen.

- 2.2.4 Der Prüfungsausschuss tagt nichtöffentlich. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend und die Mehrheit der Professorinnen und Professoren sichergestellt ist. Er beschließt mit der Mehrheit der Stimmen seiner anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

Ist der Prüfungsausschuss nicht beschlussfähig, so lädt die oder der Vorsitzende unverzüglich zu einer neuen Sitzung ein, die innerhalb einer Woche stattfinden muss. Ist der Prüfungsausschuss auch bei dieser Sitzung nicht beschlussfähig, so kann die Dekanin oder der Dekan im Wege ihrer bzw. seiner Eilkompetenz gem. § 52 Abs. 1 HHG i.V.m. § 44 Abs. 4 HHG vorläufige Regelungen treffen.

- 2.2.5 Die Leiterin oder der Leiter des Prüfungsamtes gibt die Namen der Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse und ihrer Vertreterinnen oder Vertreter durch Aushang bekannt.

2.2.6 Die Beschlüsse der Prüfungsausschüsse sind zu protokollieren.

2.2.7 Die Prüfungsausschüsse teilen dem Prüfungsamt die Ergebnisse der Zwischenprüfungen und der Diplom-, Bachelor- und Masterprüfungen mit.

2.3 Prüfungskommissionen

2.3.1 Für die Durchführung der mündlichen Prüfungen bildet der Prüfungsausschuss Prüfungskommissionen.

Die Prüfungskommissionen bestehen bei Prüfungen in mehreren Fächern aus der entsprechenden Zahl von Prüferinnen und Prüfern (Kollegialprüfung), ansonsten aus einer Prüferin oder einem Prüfer und mindestens einer sachkundigen Beisitzerin oder einem sachkundigen Beisitzer. Mündliche Prüfungen werden in der Regel von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern (Kollegialprüfung) oder von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers abgenommen.

Zur Abnahme von Prüfungen sind Professorinnen oder Professoren, wissenschaftliche Mitglieder, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben befugt, die in den Prüfungsfächern Lehrveranstaltungen anbieten oder damit beauftragt werden könnten. In der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrenen Personen kann eine Prüfungsbefugnis erteilt werden, soweit dies zur Gewährleistung eines geordneten Prüfungsbetriebes erforderlich ist; ihre Prüfungsbefugnis ist auf das Gebiet ihrer Lehrtätigkeit beschränkt. Die Beteiligung wissenschaftlicher Mitglieder an Prüfungen setzt voraus, dass ihnen für das Prüfungsfach ein Lehrauftrag erteilt worden ist.

Zur Prüferin oder zum Prüfer bzw. zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer selbst mindestens die durch die Prüfungen festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. Ziffer 2.2.3 Satz 1 findet entsprechende Anwendung.

2.3.2 Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen fachbereichsöffentlich bekannt.

2.3.3 Prüfungstermine sind spätestens eine Woche vor Beginn der Prüfungen fachbereichsöffentlich durch Aushang bekanntzugeben. Der exakte Zeitpunkt einer Prüfung darf in begründeten Fällen mit einer kürzeren Frist bekanntgegeben werden. Die Besonderen Bestimmungen können hierzu weitere Regelungen treffen.

3. Zwischenprüfung, Diplom-, Bachelor-, Masterprüfung

3.1 Zwischenprüfung

Die Zwischenprüfung dient dem Nachweis, dass die Studentin oder der Student das Ziel des Grundstudiums erreicht und sich insbesondere die inhaltlichen Grundlagen ihres oder seines Fachgebietes angeeignet sowie ein methodisches Instrumentarium und eine systematische Orientierung erworben hat, die erforderlich sind, um das weitere Studium mit Erfolg zu betreiben.

Die Zwischenprüfung besteht aus den Fachprüfungen des Grundstudiums. Die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Zwischenprüfung sowie Regelungen bzgl. des Bestehens der Zwischenprüfung werden in den Besonderen Bestimmungen festgelegt.

3.2 Diplom-, Bachelor-, Masterprüfung

Die Diplom-, die Bachelor- und die Masterprüfung bestehen aus ein, zwei oder drei Teilen:

- a) den mündlichen oder schriftlichen Fachprüfungen in entsprechenden Modulen. Ihre Anzahl, Art, die Voraussetzungen (Vorleistungen) und die Bedingungen des Bestehens werden in den Besonderen Bestimmungen festgelegt;
- b) der Diplomarbeit bzw., falls die Besonderen Bestimmungen dieses vorsehen, der Bachelor-Thesis bzw. der Master-Thesis. Die Fachbereiche können in den Besonderen Bestimmungen zusätzlich ein Kolloquium hierzu vorsehen.
- c) Die Besonderen Bestimmungen können als weiteren Teil der Prüfung eine mündliche Abschlussprüfung als Fachprüfung vorsehen.

zu 3.1

Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Module mit deren Prüfungsleistungen und Studienleistungen des Grundstudiums bestanden sind und das Vorpraktikum vollständig absolviert wurde (siehe 4.3.3 ABPO).

Für die Teilnahme an jeder Prüfungsleistung des Grundstudiums ist eine besondere Anmeldung zu den vom Prüfungsausschuss festgesetzten und rechtzeitig fachbereichsöffentlich bekannt gegebenen Fristen erforderlich. Die Anmeldung gilt für den unmittelbar folgenden Prüfungstermin. Sie ist für diesen bindend.

Der Prüfungsausschuss entscheidet über die Zulassung zur Prüfung. Die Zulassung erfolgt durch fachbereichsöffentliche Bekanntgabe. Die Zulassung ist zu versagen, wenn der/die Studierende die Anmeldefrist nicht eingehalten hat.

zu 3.2

Die Bachelorprüfung besteht aus:

1. - allen Prüfungsleistungen in den entsprechenden Modulen. Anzahl, Art und Voraussetzungen ergeben sich aus Anlage C 1.1. Die in der Anlage C 1.1. genannten Praktika sind Studienleistungen und müssen zur Zulassung zur entsprechenden Prüfungsleistung bestanden sein. Werden hier Noten vergeben, werden diese entsprechend der Anlage C 1.1. bei der Note der Prüfungsleistung berücksichtigt. Die Bedingungen des Bestehens ergeben sich aus Anlage C 1.2.

- Nachweis der nach Abschnitt 1.1 7 und 1.1.8 erforderlichen „Berufspraktischen Tätigkeit“ (BPT). Zulassungsvoraussetzungen zur „Berufspraktischen Tätigkeit“ (BPT)“ siehe Anlage C 1.4

- Bachelor-Thesis.

Bezüglich der Einzelheiten wird zudem auf das fachbereichsöffentlich vorgehaltene Modulhandbuch verwiesen.

2. Für die Teilnahme an jeder Prüfung nach 1. ist eine besondere Anmeldung zu den vom Prüfungsausschuss festgesetzten und rechtzeitig fachbereichsöffentlich bekannt gegebenen Fristen erforderlich. Jede Anmeldung gilt für den unmittelbar folgenden Prüfungstermin. Sie ist für diesen bindend. Zu den Zulassungsvoraussetzungen und den einzureichenden Unterlagen siehe auch Ziffer 5.

3. Aufgrund der mit der Anmeldung eingereichten Unterlagen entscheidet der

4. **Fachprüfungen, Prüfungsleistungen, Studienleistungen und ihre Bewertung**

4.1 Fachprüfungen und Prüfungsleistungen

- 4.1.1 Eine Fachprüfung besteht aus einer oder mehreren Prüfungsleistungen. Prüfungsleistungen werden durch einen oder mehrere Leistungsnachweise in folgender Form erbracht:
- mündliche Prüfungen;
 - Klausuren;
 - schriftliche Ausarbeitungen (z.B. Studienarbeiten, Projektarbeiten);
 - Seminarvortrag/Referat;
 - praktische Tätigkeit (z.B. bei Sprachen oder EDV).

Anzahl, Art und Dauer der Prüfungsleistungen und die Prüfungsfächer werden in den Besonderen Bestimmungen für jeden Studiengang festgelegt. Der Zeitpunkt, zu dem die Prüfungsleistungen erbracht werden sollen, wird in der Studienordnung festgelegt. Die Studierenden sollen studienbegleitende Prüfungsleistungen möglichst im unmittelbaren Anschluss an die betreffenden Lehrveranstaltungen ablegen. Punktuelle Prüfungen finden an hierfür eigens festgesetzten Terminen statt und können ein Fach oder ein aus mehreren Fächern bestehendes Modul umfassen.

- 4.1.2 Mündliche Prüfungen werden als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung mit höchstens fünf Kandidatinnen oder Kandidaten abgelegt. Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass die Kandidatin oder der Kandidat die Prüferin oder den Prüfer oder eine Gruppe von Prüferinnen oder Prüfern vorschlägt.

- 4.1.3 Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen in den einzelnen Fächern sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der einzelnen Prüfungen ist der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die Prüfung bekanntzugeben. Muss die oder der Studierende mehrere mündliche Prüfungen absolvieren, können die Besonderen Bestimmungen festlegen, dass die Ergebnisse erst nach der letzten mündlichen Prüfung insgesamt bekannt gegeben werden.

- 4.1.4 Zu den mündlichen Prüfungen sollen Studierende desselben Studiengangs der Fachhochschule Wiesbaden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen werden, wenn die Kandidatin oder der Kandidat damit einverstanden ist. Kandidatinnen

Prüfungsausschuss über die Zulassung zur Prüfung. Die Bekanntgabe der Zulassung erfolgt durch fachbereichsöffentliche Bekanntgabe.

Die Zulassung ist zu versagen, wenn der/die Studierende die Anmeldefrist nicht eingehalten hat und/oder notwendige Unterlagen nicht oder nicht vollständig vorgelegt hat und/oder Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.

zu 4.1.1 und 4.1.2

1. Prüfungsleistungen sollen in dem Semester erbracht werden, in dem die entsprechenden Module / Fächer nach dem Studienprogramm (Anlage C 1.1) vorgesehen sind.

Anzahl und Art der Prüfungsleistungen ergeben sich aus der Anlage C 1.1.

Die Prüfungen finden in der Regel am Ende der Vorlesungszeit statt.

Der Prüfungsausschuss setzt die entsprechenden Termine fest und gibt diese rechtzeitig fachbereichsöffentlich bekannt.

Werden Prüfungen als Klausur erbracht, beträgt - sofern in der Anlage zur Prüfungsordnung nicht anders bestimmt - die Klausurdauer mindestens 10 und höchstens 45 Minuten pro Credit-Point.

2. Studienbegleitende mündliche Leistungsnachweise (mündliche Prüfungen) finden als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung statt. Die Prüfungsdauer muss je Leistungsnachweis mindestens 15 Minuten, maximal 45 Minuten pro Kandidat/in betragen.

3. Für jede Prüfungsleistung zu einem Modul ist im zugehörigen Semester (Semester mit Lehrveranstaltungsangebot) mindestens ein Termin anzubieten (reguläre Prüfungsleistung). Pro Studienjahr werden je Modul mindestens zwei Prüfungstermine angeboten.

Zu 4.1.4

Die Prüferinnen und Prüfer haben diesbezüglich geeignete Maßnahmen zu treffen.

und Kandidaten desselben Prüfungszeitraums sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer nicht zugelassen. Bei der Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses sind Zuhörerinnen oder Zuhörer ausgeschlossen. Näheres wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.

- 4.1.5 Wenn es zur Diplomarbeit, zur Bachelor- oder zur Master-Thesis ein Kolloquium gibt, so ist dieses in der Regel öffentlich.
- 4.1.6 Durch die Klausuren und schriftlichen Ausarbeitungen soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erfassen und Wege zu einer Lösung finden kann. Bei Gruppenarbeiten müssen die individuellen Leistungen deutlich abgrenzbar und bewertbar sein.
- 4.1.7 In Prüfungsfächern, in denen die Prüfungen nur in Form von Klausuren abgenommen werden, kann in den Besonderen Bestimmungen vorgesehen werden, dass die letztmalige Wiederholung der Prüfungsleistung in Form einer mündlichen Prüfung abzulegen ist oder dass die Studierenden die Wahl zwischen Klausur oder mündlicher Prüfung haben.
- 4.1.8 Weist eine Kandidatin oder ein Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis nach, dass sie oder er nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.
- 4.2 Studienleistungen
- 4.2.1 Studienleistungen können außer durch die in Ziffer 4.1.1 genannten Leistungsnachweise u.a. auch durch:
- Konstruktions-, Berechnungs- und Entwurfsarbeiten,
 - Durchführung und Auswertung von Praktikumsversuchen,
 - Bearbeitung von Prüfungsaufgaben, Einzelthemen u.ä.,
 - Literaturberichte oder Dokumentation,
 - Arbeitsberichte, Protokolle,
 - Datenverarbeitungsprogramme
- erbracht werden.

Die Studienleistung für ein Studienfach soll durch einen eigenständigen fachlichen Beitrag von größerem Umfang erbracht werden. Besteht eine Studienleistung aus mehreren Teilleistungen, kann der Studentin oder dem Studenten alternativ die Möglichkeit gegeben werden, am Ende einer Lehrveranstaltung bzw. Lehrveranstaltungsreihe die Studienleistung punktuell zu erbringen, wenn nicht die besondere Art der Lehrveranstaltung diese Möglichkeit ausschließt. Die Fachbereiche können in den Besonderen Bestimmungen ergänzende

zu 4.1.7

Prüfungen die in Form einer Klausur abzulegen sind, können im Fall der letztmöglichen Wiederholung auf Antrag der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten in Form einer mündlichen Prüfung abgelegt werden.

Regelungen treffen. Insbesondere können sie eine Wahlmöglichkeit für die Studierenden vorsehen.

4.2.2 Anzahl und Art der Studienleistungen werden in den Besonderen Bestimmungen für jeden Studiengang festgelegt. Der Zeitpunkt, zu dem die Studienleistungen erbracht werden sollen, wird in der Studienordnung festgelegt.

4.2.3 Nicht bestandene Studienleistungen können wiederholt werden. Die Wiederholbarkeit bestandener Studienleistungen wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.

4.3 Bewertung der Prüfungs- und Studienleistungen

4.3.1 Für die Bewertung der Prüfungs- und Studienleistungen sowie der Diplomarbeit bzw. der Bachelor- bzw. Master-Thesis können folgende Noten vergeben werden:

1 =

Sehr gut

(bei einem Durchschnitt bis 1,5)

Eine hervorragende Leistung

2 =

Gut

(bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5)

Eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt

3 =

Befriedigend

(bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5)

Eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht

4 =

Ausreichend

(bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0)

Eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Anforderungen noch genügt

5 =

Nicht ausreichend

(bei einem Durchschnitt ab 4,1)

Eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

In den Besonderen Bestimmungen kann zur differenzierten Bewertung der Prüfungs- und Studienleistungen sowie der Diplomarbeit, der Bachelor- bzw. Master-Thesis vorgesehen werden, dass einzelne Noten um 0,3 auf Zwischennoten erhöht oder erniedrigt werden können; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

zu 4.2.2

Studienleistungen sollen in dem Semester erbracht werden, in dem die entsprechenden Module / Fächer nach dem Studienprogramm (Anlage C 1.1) vorgesehen sind. Anzahl und Art der Studienleistungen ergeben sich aus der Anlage C 1.1.

zu 4.2.3

Bestandene Studienleistungen können nicht wiederholt werden.

Zu 4.3.1

1. Die Notenbildung der einzelnen Prüfungs- und Studienleistungen und der Thesis erfolgt gemäß folgender Tabelle:

Durchschnitt	Note	
bis 1,2	1,0	(sehr gut)
1,3 bis 1,5	1,3	(sehr gut)
1,6 bis 1,8	1,7	(gut)
1,9 bis 2,2	2,0	(gut)
2,3 bis 2,5	2,3	(gut)
2,6 bis 2,8	2,7	(befriedigend)
2,9 bis 3,2	3,0	(befriedigend)
3,3 bis 3,5	3,3	(befriedigend)
3,6 bis 3,8	3,7	(ausreichend)
3,9 bis 4,0	4,0	(ausreichend)
ab 4,1	5,0	(nicht ausreichend)

2. Werden Prüfungsleistungen von mehreren Prüferinnen oder Prüfern bewertet, erfolgt die Notenbildung ebenfalls nach dieser Tabelle. Einigen sich die Prüferinnen und Prüfer nicht auf eine Note ist das arithmetische Mittel der Einzelnoten unter Berücksichtigung der ersten Kommastelle zu bilden. Bei der Berechnung der Gesamtnote wird nur die erste Kommastelle des arithmetischen Mittels berücksichtigt und nach obiger Tabelle bestimmt.

3. Bei der Notenbildung der einzelnen Module und der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren werden ohne Rundung gestrichen.

4. Sofern in Anlage C 1.1 ausgewiesen, können bestandene Studienleistungen auch als „Mit Erfolg teilgenommen“ bewertet werden.

Die Besonderen Bestimmungen können in begründeten Fällen für einzelne Studienleistungen statt der obigen Noten auch das Ergebnis „mit Erfolg teilgenommen“ vorsehen.

- 4.3.2 Die Noten bzw. Ergebnisse für die einzelnen Prüfungs- und Studienleistungen werden unverzüglich von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Studienleistungen können bei der Bewertung der Prüfungsleistungen berücksichtigt werden, wenn die Prüfung ohnehin bestanden ist und die einzurechnende Studienleistung nach ihren Anforderungen einer Prüfungsleistung entspricht. Studienleistungen können in die Note eines Prüfungsfaches mit einer Gewichtung von bis zu einem Drittel eingehen. Näheres wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.
- 4.3.3 Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Prüfungsleistungen und sämtliche Studienleistungen des Grundstudiums bestanden sind.

Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Prüfungsleistungen des Hauptstudiums (ggf. incl. mündlicher Diplomprüfung) und die Diplomarbeit (ggf. mit Kolloquium) mindestens „ausreichend“ sind und die Studienleistungen des Hauptstudiums bestanden sind.

Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Prüfungsleistungen des Bachelorstudiums (ggf. incl. mündlicher Abschlussprüfung) und, falls die Besonderen Bestimmungen dies vorsehen, die Bachelor-Thesis (ggf. mit Kolloquium) mindestens „ausreichend“ sind und sämtliche Studienleistungen bestanden sind.

Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Prüfungsleistungen des Masterstudiums (ggf. incl. mündlicher Abschlussprüfung) und die Master-Thesis (ggf. incl. Kolloquium) mindestens „ausreichend“ sind und sämtliche Studienleistungen bestanden sind.

- 4.3.4 Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, so wird die Note aus dem entsprechend dem Verhältnis der Kreditpunkte zueinander (ersatzweise entsprechend dem Stundenanteil) gewichteten Mittel der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen errechnet. Für die Bildung dieser Note gilt Ziffer 4.3.1 entsprechend. Genauer wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.
- 4.3.5 Bei der Bildung der Noten der einzelnen Prüfungsteile und der Gesamtnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

5. Schriftliche Prüfungsleistungen, die nicht mehr wiederholt werden können, werden von zwei Prüfern bewertet.

Zu 4.3.2

Noten der Studienleistungen in einzelnen Fächern können bis zu einem Drittel in die Note einer Prüfungsleistung eingehen. Die Studienleistungen, deren Noten in einer Prüfungsleistung berücksichtigt werden und deren Gewichtung, werden in Anlage C 1.1. aufgelistet.

zu 4.3.4

Besteht ein Modul aus mehreren Prüfungsleistungen muss jede Prüfungsleistung für sich bestanden sein. Die Note des Moduls wird aus den Noten der Prüfungsleistungen, die mit den CP der Prüfungsleistungen gewichtet werden, ermittelt. Bei der Notenbildung der einzelnen Module wird die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren werden ohne Rundung gestrichen

4.3.6 Die Gesamtnote der Diplom- bzw. Bachelor- bzw. Masterprüfung wird aus den Noten für die Fachprüfungen (Fachnoten) und aus der Note für die Diplomarbeit bzw., falls die Besonderen Bestimmungen eine Bachelor-Thesis vorsehen, aus der Note für die Bachelor-Thesis bzw. aus der Note für die Master-Thesis gebildet. Die Gewichtung der Einzelnoten für die Bildung der Gesamtnote der Prüfung wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt. Der Diplomarbeit bzw. der Master-Thesis ist hierbei ein besonderes Gewicht beizumessen.

4.4 Notenbekanntgabe
Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass die Noten, die in Prüfungen oder studienbegleitenden Leistungsnachweisen erzielt werden, unter Wahrung der schutzwürdigen Interessen der Betroffenen und allgemeiner datenschutzrechtlicher Regelungen hochschulöffentlich bekannt gegeben werden. Die besonderen Bestimmungen regeln das oder die Verfahren der Bekanntgabe.

5. Zulassung zu Prüfungen

5.1 Antrag auf Zulassung

5.1.1 Zu den Fachprüfungen nach 3.1 und 3.2 a) und zur Diplomarbeit bzw. ggf. zur Bachelor-Thesis bzw. zur Master-Thesis legen die Fachbereiche in den Besonderen Bestimmungen fest, in welchem Studiensemester die Studentin oder der Student den Antrag auf Zulassung stellen soll. Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Die Fristen sind so zu bemessen, dass die Regelstudienzeiten eingehalten werden können. Zum Zeitpunkt der Antragstellung und bis zum Abschluss der Diplom- bzw. Bachelor- bzw.

Zu 4.3.6

Die Gesamtnote der Bachelorprüfung setzt sich aus dem mit Credits gewichteten Mittel der Modulnoten des Grundstudiums (20 %), der des Hauptstudiums (50 %), und der Bachelor-Thesis (30%) zusammen.

Bei der Notenbildung wird die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren werden ohne Rundung gestrichen.

Leistungspunkte und Noten sind getrennt auszuweisen. Neben der Note auf der Grundlage der deutschen Notenskala 1-5 ist bei der Abschlussnote zusätzlich auch eine relative Note entsprechend der nachfolgenden ECTS-Bewertungsskala auszuweisen:

A die besten 10 %

B die nächsten 25 %

C die nächsten 30 %

D die nächsten 25 %

E die nächsten 10 %

Als Grundlage für die Berechnung der relativen Note sind je nach Größe des Abschlussjahrgangs außer dem Abschlussjahrgang mindestens zwei vorhergehende Jahrgänge als Kohorte zu erfassen.

Die Ausweisung einer entsprechenden Note erfolgt erst, wenn eine entsprechende Anzahl von Jahrgängen vorhanden ist.

zu 4.4

Die Noten bzw. Ergebnisse für die einzelnen Studien- und Prüfungsleistungen werden unverzüglich von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern durch Aushang hochschulöffentlich im Fachbereich bekannt gegeben.

Dabei werden die datenschutzrechtlichen Bestimmungen gewahrt.

Die Möglichkeit einer zusätzlichen Bekanntgabe (z.B. durch elektronische Medien) bleibt davon unberührt.

Auch eine zusätzliche Bekanntgabe erfolgt unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

zu 5.1.1

Der Antrag auf Zulassung zu den Fachprüfungen nach 3.1 und 3.2 erster Spiegelstrich ist innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Anmeldefrist schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.

Die einzelnen Prüfungsfächer und ihre Zuordnung zu Studiensemestern ergeben sich aus Anlage C 1.1.

Masterprüfung muss die Studentin oder der Student an der Fachhochschule Wiesbaden im entsprechenden Studiengang immatrikuliert sein. Über Ausnahmen entscheidet die Dekanin oder der Dekan.

5.1.2 Dem Antrag auf Zulassung zur Diplomarbeit sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. das Zeugnis der Zwischenprüfung,
2. die Bescheinigung über die Anerkennung der geforderten berufspraktischen Tätigkeit (BPS),
3. der Nachweis über den Erwerb der nach den Besonderen Bestimmungen benötigten Studien- und Prüfungsleistungen des Hauptstudiums,
4. eine Erklärung darüber, ob die Studentin oder der Student bereits eine Zwischenprüfung, Vorprüfung oder Diplomprüfung als Studierende oder Studierender oder Externe oder Externer in einem gleichnamigen oder verwandten Studiengang an einer Fachhochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes endgültig nicht bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

Die Besonderen Bestimmungen regeln die Beteiligung der Studierenden bei der Auswahl der Themen und der Referentinnen bzw. Referenten und der Korreferentinnen bzw. Korreferenten der Diplomarbeit.

Die Fachbereiche können in den Besonderen Bestimmungen ergänzende Regelungen treffen, insbesondere die Vorlage entsprechender Nachweise nach Ziffer 5.1.1 Satz 4 und 5 verlangen.

5.1.3 Falls die Besonderen Bestimmungen eine Bachelor-Thesis vorsehen, sind dort Regelungen analog zu 5.1.2 zu treffen.

Der Antrag auf Zulassung zur Bachelorthesis ist innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Anmeldefrist schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Die Zuordnung zum Studiensemester ergibt sich aus Anlage C 1.1.

Der Antrag auf Zulassung zur Berufspraktischen Tätigkeit ist innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Anmeldefrist schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Die Zuordnung zum Studiensemester ergibt sich aus Anlage C1.1

zu 5.1.3

1. Zur Bachelor-Thesis darf sich nur anmelden, wer:
- die Zwischenprüfung oder eine vom Prüfungsausschuss als gleichwertig anerkannte Zwischenprüfung einer anderen Hochschule bestanden hat,
- mindestens 80 CP`s aus den Studien- und Prüfungsleistungen des Hauptstudiums nachweist. Die CP`s der BPT zählen hierzu nicht.
- das Vorpraktikum und die BPT absolviert hat.

2. Bei der Anmeldung haben folgende Unterlagen vorzuliegen:
- Nachweis der Immatrikulation im Studienbereich Maschinenbau mit dem

Abschluss B.Eng. des Fachbereichs
Ingenieurwissenschaften der FH Wiesbaden.
- Nachweis der bestandenen Zwischenprüfung
oder einer vom Prüfungsausschuss als
gleichwertig anerkannten Zwischenprüfung
einer anderen Hochschule.
- Nachweis der 80 CP`s (siehe 5.1.3 Abs.1).
- Nachweis über die Ableistung aller
berufspraktischen Tätigkeiten durch Vorlage der
entsprechenden Bescheinigungen (vgl. Anlagen
C 1.3 und C 1.4.)
- eine Erklärung gemäß Ziffer 5.1.2 Nummer 4
ABPO.

Der Studierende kann eine Referentin / einen
Referenten und eine/einen Korreferentin/
Korreferenten und ein Thema zur Bachelor-
Thesis vorschlagen.
Ein Anspruch der Studierenden auf die
vorgeschlagene Referentin / den Referenten
und die vorgeschlagene Korreferentin / den
Korreferenten oder das vorgeschlagene
Themas besteht jedoch nicht.

5.1.4 Dem Antrag auf Zulassung zur Master-Thesis sind
folgende Unterlagen beizufügen:

1. der Nachweis über den Erwerb der nach den
Besonderen Bestimmungen benötigten Studien-
und Prüfungsleistungen,
2. eine Erklärung darüber, ob die Studentin oder
der Student bereits eine Masterprüfung als
Studierende oder Studierender oder Externe
oder Externer in einem gleichnamigen oder
verwandten Studiengang endgültig nicht
bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem
schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

Die Besonderen Bestimmungen regeln die
Beteiligung der Studierenden bei der Auswahl der
Themen und der Referentinnen bzw. Referenten
und der Korreferentinnen bzw. Korreferenten der
Master-Thesis.

Die Fachbereiche können in den Besonderen
Bestimmungen ergänzende Regelungen treffen,
insbesondere die Vorlage entsprechender
Nachweise nach Ziffer 5.1.1 Satz 4 und 5
verlangen.

5.1.5 Dem Antrag auf Zulassung zur Zwischenprüfung
und zu den Fachprüfungen der Diplom-, Bachelor-
bzw. Masterprüfung nach Ziffer 3.2 a) sind die
Leistungsnachweise über die als Voraussetzung zur
Zulassung in den Besonderen Bestimmungen
festgesetzten Studienleistungen beizufügen.

5.2 Zulassung

5.2.1 Auf Grund der mit dem Antrag auf Zulassung zur
Diplomarbeit bzw. zur Master-Thesis eingereichten
Unterlagen entscheidet der Prüfungsausschuss über

die Zulassung hierzu. Der Prüfungsausschuss kann beschließen, diese Entscheidung grundsätzlich seiner oder seinem Vorsitzenden zu übertragen. Der Kandidatin oder dem Kandidaten werden das Thema der Diplomarbeit bzw. der Master-Thesis sowie die Namen der Referentin oder des Referenten und der Korreferentin oder des Korreferenten mitgeteilt. Mit der Bekanntgabe des Themas beginnt die hierfür festgesetzte Bearbeitungszeit. Näheres wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.

- 5.2.2 Sehen die Besonderen Bestimmungen eine Bachelor-Thesis vor, so gilt 5.2.1 analog.
- 5.2.3 Über die Zulassung zu einer oder mehreren Fachprüfungen der Diplom- bzw. Bachelor- bzw. Masterprüfung nach Ziffer 3.2 a) entscheidet der Prüfungsausschuss auf Grund der nach Ziffer 5.1.5 erforderlichen Unterlagen. Der Prüfungsausschuss kann beschließen, diese Entscheidung grundsätzlich seiner oder seinem Vorsitzenden zu übertragen.
- 5.2.4 Die Zulassung zu einer Prüfung oder zur Abschlussarbeit nach Ziffer 5.2.3 ist abzulehnen, wenn die Studentin oder der Student
1. die in Ziffer 5.1.2 Nr.1 bis 4 bzw. Ziffer 5.1.4 Nr. 1 bis 2 oder Ziffer 5.1.5 genannten Unterlagen nicht oder nicht vollständig einreicht,
 2. die Zwischenprüfung oder Abschlussprüfung als Studierende oder Studierender oder Externe oder Externer in einem entsprechenden gleichnamigen oder eng verwandten Studiengang an einer Fachhochschule bzw. bei Bachelor- und Masterstudiengängen an einer Fachhochschule oder einer Universität endgültig nicht bestanden hat oder sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.
- 5.2.5 Der Prüfungsausschuss hat ablehnende Bescheide schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Wird die Zulassung auf Grund fehlender Unterlagen oder fehlender Studien- und Prüfungsleistungen gemäß 5.1.2, Nr. 3 versagt, gilt der Antrag auf Zulassung nach Ziffer 5.1.2, 5.1.4 oder 5.1.5 als nicht erfolgt.
- 5.2.6 Für Studierende ausländischer Partnerhochschulen, die im Rahmen eines Studierendenaustausches nur befristet immatrikuliert sind, kann der zuständige Prüfungsausschuss Ausnahmen von den Bestimmungen unter Ziffer 5.1 und unter den Ziffern 5.2.1 bis 5.2.4 zulassen.

6. Diplomarbeit, Bachelor-Thesis, Master-Thesis

6.1 Ziel

Die Diplomarbeit bzw. Bachelor- bzw. Master-Thesis (im Folgenden als Abschlussarbeit bezeichnet) soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer

Zu 5.2.2

Die Zulassungsentscheidung trifft der Prüfungsausschuss. Der Kandidatin, dem Kandidaten wird das Thema der Bachelor-Thesis sowie die Namen der Referentin, des Referenten und der Korreferentin, dem Korreferenten sowie der Beginn- und der Abgabetermin schriftlich gegen Unterschrift ausgehändigt.

vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Fachgebiet ihres oder seines Studienganges selbstständig nach wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Methoden zu bearbeiten. Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass die Abschlussarbeit mit einem Kolloquium verbunden wird.

6.2 Betreuung

Die Abschlussarbeit kann von jeder Professorin oder jedem Professor des den Studiengang anbietenden Fachbereichs ausgegeben und betreut werden (Referentin/Referent). Professorinnen und Professoren anderer Fachbereiche und andere nach Ziffer 2.3.1 Satz 4 und 5 prüfungsberechtigte Personen können dies auf Antrag beim Prüfungsausschuss und nach dessen Genehmigung ebenfalls tun. Gehört die Referentin oder der Referent nicht dem Fachbereich an, so soll die Korreferentin oder der Korreferent (vgl. 6.6) dem Fachbereich angehören. In Ausnahmefällen entscheidet der Prüfungsausschuss des jeweiligen Studiengangs.

6.3 Ausgabe, Rückgabe und Abgabe

6.3.1 Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten rechtzeitig zu dem gewünschten Termin das Thema der Arbeit, die Referentin oder der Referent und die Korreferentin oder der Korreferent zugeteilt werden; diese sind ihr oder ihm mitzuteilen. Die Fachbereiche können in den Besonderen Bestimmungen ergänzende Regelungen treffen.

6.3.2 Der Zeitpunkt der Ausgabe der Arbeit ist aktenkundig zu machen.

6.3.3 Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden, ohne dass dies als Nichtbestehen der Abschlussarbeit gilt. Wird die Abschlussarbeit wiederholt, ist eine Rückgabe nur zulässig, wenn die Kandidatin oder der Kandidat von dieser Möglichkeit noch keinen Gebrauch gemacht hat.

6.3.4 Die Abschlussarbeit ist fristgemäß bei der in den Besonderen Bestimmungen genannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

Wird die Abschlussarbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

zu 6.3.2

Der Zeitpunkt der Ausgabe und die Bearbeitungsfrist sind von dem Referenten/ der Referentin aktenkundig zu machen.

zu 6.3.4

Die Bachelor-Thesis ist fristgemäß im Studienbereichssekretariat während der Sprechstunden abzugeben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Zur Wahrung der Abgabefrist genügt alternativ die durch Poststempel nachgewiesene Aufgabe beim Postamt bis 24.00 Uhr des Abgabetales.

6.4 Form

6.4.1 Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass die Abschlussarbeit auch in Form einer Gruppenarbeit mit höchstens fünf Teilnehmerinnen oder Teilnehmern angefertigt werden kann, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderer objektiver Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderung nach Ziffer 6.1 Satz 1 erfüllt. In diesem Falle können die Besonderen Bestimmungen fachspezifische Abgrenzungskriterien festlegen.

6.4.2 Die Besonderen Bestimmungen regeln, in welcher Form die Abschlussarbeit abgegeben werden darf (Papier, CD-ROM, Videoband o.ä.).

6.4.3 Bei der Abgabe der Abschlussarbeit hat die Kandidatin oder der Kandidat schriftlich zu versichern, dass sie oder er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit ihren oder seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

6.5 Bearbeitungszeit

6.5.1 Die Bearbeitungszeit für die Diplomarbeit darf drei Monate nicht überschreiten. In einem Teilzeitstudiengang sind maximal sechs Monate zulässig. Die Besonderen Bestimmungen können bei Arbeiten, die in einer Einrichtung außerhalb der Fachhochschule durchgeführt werden, die Festlegung einer längeren Bearbeitungszeit durch den Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Referentin oder dem Referenten vorsehen, höchstens jedoch insgesamt sechs Monate.

Finden neben der Diplomarbeit noch Lehrveranstaltungen statt und handelt es sich um eine experimentelle Arbeit, kann vom Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Referentin oder dem Referenten die Bearbeitungszeit verlängert werden, höchstens jedoch auf insgesamt 4,5 Monate. Das Thema der Arbeit muss so beschaffen sein, dass es innerhalb der jeweils vorgesehenen Bearbeitungszeit bearbeitet werden kann.

6.5.2 Falls die Besonderen Bestimmungen eine Bachelor-Thesis vorsehen, gilt 6.5.1 analog. Die Besonderen Bestimmungen können für die Bachelor-Thesis eine kürzere maximale Bearbeitungszeit, jedoch nicht weniger als vier Wochen, vorsehen.

Die Fristeinhaltung ist vom Sekretariat aktenkundig zu machen.

Zu 6.4.2

Die Bachelorarbeit muss in gebundener Papierform abgegeben werden. Gegebenenfalls muss die Bachelorarbeit zusätzlich in Form weiterer Medien, wie z.B. CD-ROM abgegeben werden, was im Rahmen der Aufgabenstellung schriftlich festgelegt wird.

zu 6.5.2

Die Workload für die Bearbeitung der Bachelor-Thesis beträgt 360 h (12 Credits), der Bearbeitungszeitraum beträgt 9 Wochen und kann auf schriftlichen Antrag bis zu 16 Wochen verlängert werden wenn neben der Bachelor-Thesis noch Lehrveranstaltungen stattfinden.

6.5.3 Die Bearbeitungszeit für die Master-Thesis darf sechs Monate nicht überschreiten. Die Besonderen Bestimmungen können für die Master-Thesis eine kürzere maximale Bearbeitungszeit, jedoch nicht weniger als drei Monate, vorsehen.

6.6 Bewertung

Abschlussarbeiten werden von der Referentin oder dem Referenten und der Korreferentin oder dem Korreferenten unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, bewertet. Als Korreferentin oder Korreferent kommen die in Ziffer 2.3.1 im 3. und 4. Abschnitt genannten Personen in Frage.

Über das Ergebnis der Abschlussarbeit ist von der Referentin oder dem Referenten und von der Korreferentin oder dem Korreferenten eine Bewertung mit schriftlicher Begründung anzufertigen. Die Besonderen Bestimmungen regeln, auf welche Weise aus diesen Bewertungen die Endnote der Abschlussarbeit bestimmt wird.

7. Nichtbestehen, Versäumnis, Rücktritt, Täuschung

7.1 Nichtbestehen

7.1.1 Die Abschlussarbeit ist nicht bestanden, wenn

1. die Arbeit nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden ist oder als Gruppenarbeit nicht den Anforderungen nach Ziffer 6.4.1 entspricht,
2. der Prüfungsausschuss feststellt, dass die Kandidatin oder der Kandidat eine Täuschung begangen hat oder die Versicherung nach Ziffer 6.4.3 unwahr ist.

7.1.2 Eine Prüfungsleistung ist nicht bestanden, wenn sie nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden ist.

7.1.3 Im Falle des Nichtbestehens einer Prüfungsleistung oder einer Fachprüfung erfolgt die Mitteilung durch den Prüfungsausschuss des Studienganges in Form eines Aushangs.

Im Falle des Nichtbestehens der Abschlussarbeit erfolgt die Mitteilung durch den Prüfungsausschuss des Studienganges per eingeschriebenem Brief.

Im Falle des endgültigen Nichtbestehens erfolgt der Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung durch das

Die Verlängerung ist nur bei experimentellen Arbeiten, oder bei Arbeiten, die in einer Einrichtung außerhalb der Fachhochschule durchgeführt werden, möglich. Über eine Verlängerung der Bearbeitungszeit der Bachelor-Thesis entscheidet der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Referentin/dem Referenten.

Zu 6.6

Die Bewertung erfolgt nach der Notenskala gemäß Abschnitt 4.3.1.

Referentin oder Referent und Korreferentin oder Korreferent haben sich auf eine Note zu einigen. Kommt keine Einigung zustande, so ist aus den beiden Noten das arithmetische Mittel gemäß 4.3.1 Absatz 2 zu bilden.

Prüfungsamt.

7.2 Versäumnis und Rücktritt

7.2.1 Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem Prüfungstermin aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen nach verbindlicher Anmeldung nicht erscheint oder der von dem Prüfungsausschuss festgesetzte Wiederholungszeitraum abgelaufen ist.

7.2.2 Der Rücktritt von einer Prüfung, die bereits angetreten wurde, hat die Erteilung der Note „nicht ausreichend“ zur Folge, es sei denn, der Rücktritt erfolgt aus von der oder dem Studierenden nicht zu vertretenden Gründen. Mit Ausgabe der Aufgabenstellung ist die Prüfung angetreten.

7.2.3 Im Übrigen können die Besonderen Bestimmungen Voraussetzungen für den Rücktritt von einer Prüfung festlegen, zu der die oder der Studierende sich angemeldet hat. Insbesondere können Fristen genannt werden, innerhalb derer ein Rücktritt ohne Angabe von Gründen möglich ist. Liegt danach kein wirksamer Rücktritt vor und hat die oder der Studierende die Prüfung aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen versäumt, ist die Note „nicht ausreichend“ zu erteilen.

7.2.4 Kann die Kandidatin oder der Kandidat aus einem von ihr oder ihm nicht zu vertretenden Grund (wie z.B. Erkrankung der Kandidatin oder des Kandidaten bzw. eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes) einen Prüfungstermin nicht wahrnehmen oder ihre oder seine Abschlussarbeit nicht termingerecht beenden, so setzt der Prüfungsausschuss einen neuen Termin fest bzw. gestattet die Anfertigung einer neuen Abschlussarbeit.

Die Besonderen Bestimmungen regeln Form und Fristen, innerhalb derer Bescheinigungen wie z.B. ein ärztliches oder amtsärztliches Attest oder eine gutachterliche Äußerung eines Facharztes vorgelegt werden müssen, und die Bedingungen, unter denen ein amtsärztliches Attest erforderlich ist, sowie die in den Attesten nötigen Auskünfte.

7.2.5 Die für den Rücktritt und die Fristversäumnis bei der Abschlussarbeit und anderen Prüfungsleistungen von der Kandidatin oder dem Kandidaten geltend gemachten Gründe müssen von ihr oder ihm dem

zu 7.2.4

Bleibt der/die Studierende dem Prüfungstermin fern, oder versäumt sie/er für die Prüfung festgesetzte Fristen, so sind die für das Fernbleiben oder Fristversäumnis geltend gemachten Gründe dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich unter Angabe der betreffenden Prüfung anzuzeigen und nachzuweisen. Der Nachweis der Gründe muss bei Krankheit durch Vorlage eines ärztlichen Attestes, welches mindestens Ausführungen über die Art der Krankheitssymptome bzw. die Art der Leistungsminderung beinhaltet, soweit dies zur Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit durch die Hochschule erforderlich ist, bei dem zweiten Fernbleiben derselben Prüfungsleistung infolge Krankheit durch Vorlage eines amtsärztlichen Attestes, ansonsten durch Vorlage einer amtlichen (behördlichen) Bescheinigung erfolgen. Werden die Gründe anerkannt, ist der/die Studierende ohne weitere Anmeldung für den im nächsten Prüfungszeitraum angebotenen Prüfungstermin automatisch angemeldet. Eine Abmeldung von diesem Prüfungstermin ist nicht möglich.

zu 7.2.5

Die Besonderen Bestimmungen zu 7.2.4 gelten sinngemäß.

Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten bzw. eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes, in Zweifelsfällen eines amtsärztlichen Attestes, verlangt werden. Näheres regeln die Besonderen Bestimmungen.

Der Prüfungsausschuss entscheidet darüber, ob es sich um Gründe handelt, die die Kandidatin oder der Kandidat zu vertreten hat und ob der entsprechende Prüfungsteil als nicht bestanden gilt.

- 7.2.6 Ablehnende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen; hierbei wirken die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme mit. Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben. Ausführungsbestimmungen finden sich in den Besonderen Bestimmungen.

zu 7.2.6

Diesbezüglich verfährt der Prüfungsausschuss im Einzelfall entsprechend unter Beachtung der verwaltungsrechtlichen Ermessensgrundsätze.

7.3 Täuschung und Störung

- 7.3.1 Versucht die Kandidatin oder der Kandidat das Ergebnis ihrer oder seiner Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die Prüfungsleistung oder Studienleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet.
- 7.3.2 Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der aufsichtsführenden Person von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden, wenn die Störung nicht durch sonstige Ordnungsmaßnahmen (z.B. Herabsetzung der Note) beseitigt werden kann; im Falle des Ausschlusses wird die entsprechende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet. Wird eine Kandidatin oder ein Kandidat von der weiteren Erbringung der Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann sie oder er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. In diesem Fall erhält die Kandidatin oder der Kandidat von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung. Das weitere Verfahren wird in Abschnitt 10 geregelt.
- 7.3.3 Die Besonderen Bestimmungen können weitere Sanktionsmöglichkeiten für die unter 7.3.1 und 7.3.2 beschriebenen Fälle vorsehen.

8. Wiederholung von Prüfungsleistungen

- 8.1. Nichtwiederholbarkeit bestandener Prüfungsleistungen

Bestandene Prüfungsleistungen und eine bestandene Abschlussarbeit können nicht

wiederholt werden, es sei denn, die Besonderen Bestimmungen sehen eine solche Möglichkeit bei einem Freiversuch vor und es handelt sich um einen solchen.

8.2 Freiversuch

Die Besonderen Bestimmungen legen fest, ob den Studierenden ein Freiversuch eingeräumt wird. Wird ein Freiversuch eingeräumt, so darf die Anzahl insgesamt möglicher Prüfungsversuche drei nicht überschreiten.

zu 8.2

Ein Freiversuch wird nicht eingeräumt.

8.3 Erste Wiederholung

Nichtbestandene Prüfungsleistungen können ohne besondere Genehmigung einmal wiederholt werden.

Eine einmalige Wiederholung der Abschlussarbeit ist zulässig.

8.4 Zweite Wiederholung

Sehen die Besonderen Bestimmungen einen Freiversuch vor, so ist eine zweite Wiederholung von Prüfungsleistungen nicht zulässig.

Sehen die Besonderen Bestimmungen einen Freiversuch nicht vor, so ist eine zweite Wiederholung von Prüfungsleistungen zulässig; der Prüfungsausschuss kann diesbezüglich Auflagen erteilen.

Eine zweite Wiederholung der Abschlussarbeit ist ausgeschlossen.

8.5 Fristen

Wiederholungsprüfungen für nicht bestandene Fachprüfungen müssen spätestens im Laufe des folgenden Semesters abgelegt werden, sofern nicht der Prüfungsausschuss in begründeten Fällen von sich aus oder auf rechtzeitigen, vorherigen Antrag eine abweichende Regelung trifft. Die Ziffern 7.2.3 und 7.2.4 gelten entsprechend.

Die Besonderen Bestimmungen können weitere Regelungen hierzu enthalten.

8.6 Folgen des endgültigen Nichtbestehens

Ist die Wiederholung einer Prüfungsleistung nicht mehr möglich, ist die Prüfungsleistung endgültig nicht bestanden und daher auch die Zwischenprüfung bzw. die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden. Im Falle des endgültigen Nichtbestehens der Zwischenprüfung oder der Abschlussprüfung ist die Kandidatin oder der Kandidat zu exmatrikulieren (§ 68 Abs. 2 Nr. 6 HHG); auf Antrag erhält sie oder er gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung des Prüfungsamtes, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und Studienleistungen,

deren Noten sowie die zu der jeweiligen Prüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden wurde.

9. Akteneinsicht

Innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Noten können Studierende Einsicht in ihre Prüfungsarbeiten, die Prüfungsprotokolle der mündlichen Prüfungen sowie die Beurteilung der Abschlussarbeit beantragen. Diese Einsicht ist ihnen innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung zu gewähren. Die Studierenden können sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. In den Besonderen Bestimmungen können unter Beachtung des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes ergänzende Regelungen getroffen werden.

10. Widerspruch

Widersprüche im Sinne der Verwaltungsgerichtsordnung (§ 68 ff. VwGO) gegen das Prüfungsverfahren und gegen Prüfungsentscheidungen sind, sofern eine Rechtsbehelfserklärung erteilt wurde, innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe, sonst innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe beim Prüfungsausschuss einzulegen. Die Frist wird auch durch die Einlegung bei der Präsidentin oder dem Präsidenten gewahrt.

Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, so leitet er das Verfahren zur weiteren Bearbeitung – unter Angabe des Sachverhaltes, der Ablehnungsgründe und eines Verfahrensvorschlages – an die Präsidentin oder den Präsidenten weiter.

Hilft die Präsidentin oder der Präsident dem Widerspruch nicht ab, erteilt sie oder er einen mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid, in dem die Ablehnungsgründe anzugeben sind.

11. Zeugnisse, Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades

11.1 Zeugnis der Zwischenprüfung und Abschlusszeugnis

11.1.1 Die bestandene Zwischenprüfung wird im Zwischenzeugnis bescheinigt. Dieses führt die Noten für die Fachprüfungen auf. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Fachprüfung oder Studienleistung erbracht worden ist.

Die Besonderen Bestimmungen können festlegen, dass das Zwischenzeugnis auch die Noten derjenigen Studienleistungen des Grundstudiums enthält, die nicht Bestandteil der Fachprüfungen sind.

zu 11.1.1

Das Zwischenzeugnis weist die Modulnoten des Grundstudiums aus.

11.1.2 Über die bestandene Diplom-, Bachelor- bzw. Masterprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Abschlusszeugnis erteilt, das die Noten aller Fachprüfungen enthält. Von der Abschlussarbeit werden Thema und Note angegeben. Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass das Abschlusszeugnis zusätzlich die Noten derjenigen Studienleistungen, die nicht Bestandteil der Prüfungsleistungen sind, sowie die von der oder dem Studierenden angegebenen Wahlfächer enthält. Die Besonderen Bestimmungen können weiterhin vorsehen, dass auch Studienrichtungen und Studienschwerpunkte in das Zeugnis aufgenommen werden.

Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Fachprüfung oder Studienleistung erbracht bzw. die Abschlussarbeit abgegeben bzw. das Kolloquium zur Abschlussarbeit absolviert wurde.

11.1.3 Das Abschlusszeugnis enthält die Gesamtnote. Diese wird als Mittelwert nach Maßgabe der Ziffer 4.3.6 aus den einzelnen Prüfungsteilen errechnet. Hinter der in Worten geschriebenen Note wird in Klammern der Mittelwert mit der ersten Dezimalstelle nach dem Komma (ohne Rundung) gemäß Ziffer 4.3.5 angegeben.

Bei überragenden Leistungen kann das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt werden. Näheres wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.

11.1.4 Das Zeugnis der Zwischenprüfung sowie das Diplom-, das Bachelor- und das Masterzeugnis werden von der oder dem Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses und der zuständigen Dekanin bzw. dem zuständigen Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.

11.1.5 Abdrucke je eines Formblattes „Zeugnis der Diplomvorprüfung“ und „Zeugnis der Bachelorvorprüfung“ sind Anlagen 1 und 2 dieser Allgemeinen Bestimmungen. Abdrucke je eines Formblattes „Zeugnis der Diplomprüfung“, „Zeugnis der Bachelorprüfung“ und „Zeugnis der Masterprüfung“ sind Anlagen 3 bis 5 dieser Allgemeinen Bestimmungen. Abdrucke je eines Formblattes „Urkunde der Diplomprüfung“, „Urkunde der Bachelorprüfung“ und „Urkunde der Masterprüfung“ sind Anlagen 6 bis 8 dieser Allgemeinen Bestimmungen.

11.2 Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades

11.2.1 Neben dem Abschlusszeugnis wird der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt (Anlagen 6 bis 8).

zu 11.1.2

Das Abschlusszeugnis weist die Modulnoten des Hauptstudiums aus.

Im Transcript of Records werden sämtliche Studienleistungen und Prüfungsleistungen aufgelistet.

zu 11.1.3

Die Gesamtnote wird mit einer Nachkommastelle angegeben.

Bei einer Gesamtnote, die kleiner oder gleich 1,3 beträgt, wird das Gesamturteil „Mit Auszeichnung bestanden“ vergeben.

Darin wird die Verleihung des akademischen Diplom- bzw. Bachelor- bzw. Mastergrades beurkundet.

11.2.2 Die Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Hochschule und der zuständigen Dekanin bzw. dem zuständigen Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

11.3 Diploma Supplement

Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ von Europäischer Union / Europarat / UNESCO aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Näheres wird in den Besonderen Bestimmungen geregelt.

zu 11.3

Das Diploma Supplement wird gemäß Anlage C 1.5. der Besonderen Bestimmungen ausgestellt.

12. Ungültigkeit von Prüfungen

12.1 Täuschungen

Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei der Prüfung getäuscht und wird dies erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für die Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für „nicht bestanden“ erklären.

12.2 Zulassungsmängel

Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird dies erst nach absolvierter Prüfung bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen dieser Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

12.3 Anhörung

Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung nach Ziffern 12.1 und 12.2 rechtliches Gehör zu geben.

12.4 Ausschlussfrist

Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Ziffer 12.1 und 12.2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

13. Einstufungsprüfung

13.1 Voraussetzung

Wer eine Hochschulzugangsberechtigung nach § 63 HHG besitzt und sich auf andere Weise als durch ein Hochschulstudium die für die erfolgreiche Beendigung eines Studiums in einem Fachbereich der Fachhochschule Wiesbaden erforderlichen besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse angeeignet hat, kann die Zulassung zu einer Einstufungsprüfung beantragen. Durch die Einstufungsprüfung soll festgestellt werden, für welches Semester die Bewerberin oder der Bewerber zuzulassen ist (§ 30 HHG).

13.2 Antrag auf Zulassung

Der Antrag auf Zulassung zur Einstufungsprüfung ist jeweils bis zum 1. Dezember oder 15. Mai eines jeden Jahres schriftlich an das Prüfungsamt zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf mit Angabe des Ausbildungsweges und des bisherigen beruflichen Werdeganges,
2. öffentlich beglaubigte Abschriften oder öffentlich beglaubigte Ablichtungen der Zeugnisse, die die Hochschulzugangsberechtigung nach § 63 HHG nachweisen,
3. eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin oder der Bewerber bereits eine Zwischenprüfung oder eine Diplom-, Bachelor- oder Masterprüfung als Studierende oder Studierender bzw. Externe oder Externer in einem gleichnamigen oder verwandten Studiengang an einer Fachhochschule oder (nur bei Bachelor- und Masterstudiengängen) an einer Universität endgültig nicht bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

13.3 Zulassung

13.3.1 Auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen entscheidet der Prüfungsausschuss des entsprechenden Studiengangs über die Zulassung der Bewerberin oder des Bewerbers zur Einstufungsprüfung.

13.3.2 Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

1. eine der in Ziffer 13.1 Satz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt,
2. die in Ziffer 13.2 Satz 2 genannten Unterlagen nicht oder nicht vollständig einreicht oder der in Ziffer 5.2.4 Satz 1 Nr. 2 genannte Versagungsgrund vorliegt.

Das Prüfungsamt erteilt einen mit einer Begründung und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen schriftlichen Bescheid.

13.4 Form und Ergebnis

13.4.1 Wird die Bewerberin oder der Bewerber zur Einstufungsprüfung zugelassen, legt der Prüfungsausschuss schriftlich fest, in welchen Prüfungsfächern, in welcher Form und wann die Prüfung abzulegen ist und ob und ggf. welche weiteren Teilleistungen zu erbringen sind.

13.4.2 Über das Ergebnis der Einstufungsprüfung ist ein Zeugnis zu erteilen, in dem festgestellt wird, welche Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt werden und in welches Semester die Bewerberin oder der Bewerber eingestuft wird.

14. Absolventinnen und Absolventen von Berufsakademien

14.1 Weiterstudium zum Diplom

Absolventinnen und Absolventen von staatlichen und staatlich anerkannten Berufsakademien können durch ein Studium von insgesamt zwei Semestern das Fachhochschuldiplom in dem von ihnen an der Berufsakademie studierten Fach erreichen, falls ein entsprechender Diplomstudiengang an der Fachhochschule Wiesbaden angeboten wird (Gesetz über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien vom 12. Juni 2001, GVBl. I S. 268, § 6 Abs. 2).

14.2 Verfahren

Die Interessentinnen und Interessenten stellen den Antrag auf das Weiterstudium beim Prüfungsausschuss des entsprechenden Studiengangs. Dieser tritt in eine Einzelfallprüfung ein und stellt für die Interessentinnen und Interessenten ein Studien- und Prüfungsprogramm auf, das nicht mehr als 60 Leistungspunkte gemäß ECTS umfasst und das bei erfolgreichem Absolvieren zum Diplom führt.

Der Prüfungsausschuss legt weiterhin fest, wie sich die Gesamtnote aus den absolvierten Modulen und Prüfungen berechnet.

15. Sprachregelungen

Lehrveranstaltungen aus dem Pflichtbereich können auf Englisch angeboten werden, wenn parallel oder zumindest innerhalb eines dem Studienplan entsprechenden Zeitraumes diese samt Leistungsnachweis auch auf Deutsch angeboten werden. Die Besonderen Bestimmungen können abweichende Regelungen bzgl. eines ausschließlich englischsprachigen Angebotes und bezüglich weiterer Fremdsprachen treffen.

In Pflichtwahlfächern können Lehrveranstaltungen und Leistungsnachweise ausschließlich auf Englisch angeboten werden. Die Besonderen Bestimmungen können für diese Fächer weitere Fremdsprachen zulassen.

16. Schlussbestimmungen

16.1 Anpassungsfrist

Die derzeit geltenden Prüfungsordnungen – Teil B – sind in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Prüfungsordnungen (Besondere Bestimmungen) zu ersetzen, die sich auf diese Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen beziehen.

16.2 Inkrafttreten

Diese Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Fachhochschule Wiesbaden – University of Applied Sciences treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, den 11. April 2003

Prof. Dr. h.c. mult. C. Klockner
Präsident

zu 16.1

1. Lehrveranstaltungen werden nach den bisher im Diplom-Studiengang geltenden Prüfungsregelungen so angeboten, dass die Studierenden das Studium in der Regelstudienzeit abschließen können.

Leistungsnachweise und Prüfungen nach der bisher geltenden Prüfungsordnung des Diplom-Studiengangs Maschinenbaus werden 10 Semester lang nach Inkrafttreten dieser neuen Prüfungsordnung angeboten.

Das Semester, in dem die neue Prüfungsordnung in Kraft tritt, ist dabei mit eingerechnet.

Die Diplomarbeit kann auch noch im 11. Semester nach Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnung eingereicht werden.

2. Eine erste Anmeldung zu einer Prüfung des Diplom-Studiengangs kann letztmalig acht Semester nach Inkrafttreten dieser neuen Prüfungsordnung erfolgen. Sind bei einzelnen Studierenden nach Ablauf der zehn Semester noch eine oder mehrere Prüfungsleistungen des Diplom-Studiengangs nicht bestanden aber wiederholbar, kann keine weitere Prüfungsmöglichkeit beantragt werden. Ein Weiterstudium im Bachelorstudiengang ist möglich.

3. Ein Wechsel vom derzeit angebotenen Diplom-Studiengang zum Bachelor-Studiengang kann jederzeit erfolgen. Die Anerkennung der Studien- und Prüfungsleistungen erfolgt gemäß Abschnitt 1.4 der ABPO unter Beachtung der in den besonderen Bestimmungen getroffenen Zusatzvereinbarungen. Die genauen Wechselbedingungen werden fachbereichsöffentlich bekannt gegeben.

Zu 16.2

Diese Besonderen Bestimmungen (Prüfungsordnung) treten rückwirkend zum 1.9.2007 in Kraft.

Wiesbaden, den 14. Mai 2008

Prof. Dr.-Ing. M. Greif
Dekanin des Fachbereichs
Ingenieurwissenschaften

Prof. Dr.-Ing. R. Henrici
Leiter des Prüfungsamtes der FH Wiesbaden

- Anlage C1.1 Module des Studienprogramms
- Anlage C1.2 Angaben zur Bewertung
- Anlage C1.3 Regelungen zum Vorpraktikum
- Anlage C1.4 Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit (BPT)
- Anlage C1.5 Diploma Supplement



Anhang C1

Prüfungsordnung

Studiengang Maschinenbau
(Bachelor of Engineering)

Fachhochschule Wiesbaden

Fachbereich
Ingenieurwissenschaften

Modulname	Lehrveranstaltungsname	Studienjahr	CP	SWS	Studienleistungen	Bewertung der SL	Prüfungsleistungen
Mathematik	Mathematik 1	1 (1)	8	8	Keine	Keine	Klausur
	Mathematik 2	1 (2)	8	8	Keine	Keine	Klausur
Physik	Physik 1	1 (1)	2	2	Keine	Keine	Klausur
	Physik 2	1 (2)	2	2	Keine	Keine	Klausur
Fertigungsverfahren	*	1 (1)	4	4	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Werkstoffkunde	Werkstoffkunde 1	1 (1)	3	2	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Werkstoffkunde 2	1 (2)	2	2	Keine	Keine	Klausur
Konstruktion A	Konstruktion 1	1 (1)	4	2,5	Praktikum	1/3 der PL Note	Klausur
	CAD	1 (1)	3	2,5	DV basierte Prüfung	mit Erfolg teilgenommen	
	Konstruktion 2	1 (2)	7	5	Praktikum	1/3 der PL Note	Klausur
	Techn. Kommunikation	1 (2)	2	2			Präsentation und Bericht
Technische Mechanik A	Statik (TM1)	1 (1)	5	5	Keine	Keine	Klausur
	Elastomechanik (TM2)	1 (2)	5	5	Keine	Keine	Klausur
Elektrotechnik	*	2 (1)	4	4	Keine	Keine	Klausur
Wärme-/Strömungslehre	Wärmelehre 1	1 (2)	2	2	Keine	Keine	Klausur
	Wärmelehre 2	2 (1)	3	3	Keine	Keine	Klausur
	Strömungslehre	2 (1)	2	2	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Wärmeübertragung	2 (1)	3	3	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Kunststoffe/Chemie	Chemie	1 (2)	3	3	Praktikum	1/3 der PL Note	Klausur
	Kunststoffe	2 (1)	3	2	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Antriebstechnik	*	2 (1)	4	3	Keine	Keine	Klausur

Modulname	Lehrveranstaltungsname	Studienjahr	CP	SWS	Studienleistungen	Bewertung der SL	Prüfungsleistungen
Konstruktion B	Konstruktion 3	2 (1)	6	4	Praktikum	1/3 der PL Note	Klausur
Technische Mechanik B	Dynamik (TM3)	2 (1)	5	5	Keine	Keine	Klausur
Informatik	*	2 (2)	5	4	Keine	Keine	Klausur
Produktionstechnik	Produktionstechnik	2 (2)	3	3	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Schweißtechnik	2 (2)	3	3	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Maschinendynamik	*	2 (2)	3	3	Keine	Keine	Klausur
Regelungstechnik	Regelungstechnik	2 (2)	5	4	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Mess-/Sensortechnik	2 (2)	5	4	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Wirtschaft & Recht	Recht/Wirtschaftsrecht	2 (2)	2	2	Klausur	mit Erfolg teilgenommen	
	Techn. Englisch	2 (2)	2	2	Klausur	mit Erfolg teilgenommen	
	BWL	2 (2)	2	2			Klausur
	IBL	3 (1)	2	2			Klausur
Werkstofftechnik	*	3 (1)	3	2	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Qualitätsmanagement	*	3 (1)	5	4	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Projektarbeit	*	3 (1)	10		Projektausarbeitung		mündliche Prüfung
Wahlmodul 1	*	3 (1)	10	8			siehe Wahlmodule
Wahlmodul 2	*	3 (2)	10	8			siehe Wahlmodule
Wahlmodul 3	*	3 (2)	10	8			siehe Wahlmodule
Wahlfächer	*	3 (2)	10	8			siehe Wahlfächer
BPT	*	3 (3)	18				Bericht und Vortrag
Bachelor Thesis	*	3 (3)	12				Thesis

Wahlmodule

Modulname	Lehrveranstaltungsname	Studienjahr	CP		Studienleistungen	Bewertung der SL	Prüfungsleistungen
Energietechnik	Heiz- und Kühltechnik	3	5	4	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Kraft-und Arbeitsmasch.	3	5	4	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Fahrzeugtechnik	Verbrennungsmotoren	3	4	3	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Leistungsübertragung	3	2	2	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Fahrwerktechnik	3	4	3	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
Produktion	Werkzeugmaschinen	3	4	3	Praktikum	mit Erfolg teilgenommen	Klausur
	Schweißverfahren	3	2	2	Keine	Keine	Klausur
	Produktionsplanung & Steuerung	3	4	3	Keine	Keine	Klausur/DV basierte Prüfung
Produktentwicklung	Moderne Methoden der PE	3	4	3	Projektausarbeitung	mit Erfolg teilgenommen	mündliche Prüfung
	Computer Aided Engineering	3	3	3	Keine	Keine	Klausur/DV basierte Prüfung
	3D-CAD und PDM	3	3	2	DV basierte Prüfung	1/3 der PL Note	Klausur

Wahlfächer

Wahlfächer sind die Fächer dieses Katalogs oder jedes an der FHW angebotene Fach mit Ausnahme des Masterstudiengang Fahrzeugentwicklung und Produktionsplanung. Es sind mindestens 10 CP zu wählen. Die Auswahl des Katalogs richtet sich nach Angebot und Nachfrage und wird jedes Semester aktualisiert.

Modulname	Lehrveranstaltungsname	Studienjahr	CP	SWS	Studienleistungen	Bewertung der SL	Prüfungsleistungen
Wahlfächer	Regenerative Energien	3	2	2	Keine	Keine	Klausur
	Verzahnungstechnik	3	2	2	Keine	Keine	Klausur
	Kurse des Studienzentrums	3	2	2	Klausur	mit Erfolg teilgenommen	
	Sprachen	3	2	2	Klausur	mit Erfolg teilgenommen	

Anlage C 1.2 Angaben zur Bewertung

Anlage C.1.2.1 Zuordnung der Note zur ECTS Bewertungsskala

Neben der Note auf der Grundlage der deutschen Notenskala 1-5 wird bei der Abschlussnote zusätzlich auch eine relative Note entsprechend der nachfolgenden ECTS-Bewertungsskala ausgewiesen:

- A die besten 10 %
- B die nächsten 25 %
- C die nächsten 30 %
- D die nächsten 25 %
- E die nächsten 10 %

Als Grundlage für die Berechnung der relativen Note werden außer dem Abschlussjahrgang noch zwei vorhergehende Jahrgänge als Kohorte erfasst. Die Ausweisung einer entsprechenden Note erfolgt erst, wenn eine entsprechende Anzahl von Jahrgängen vorhanden ist.

Anlage C.1.2.2 Beurteilung in Abhängigkeit der geforderten Gesamtleistung

Note	Erreichte Leistung in % der geforderten Gesamtleistung	Definition	Erläuterung
1,0 =	> 95,0 %	Sehr gut	Eine hervorragende Leistung
1,3 =	> 91,5 %		
1,7 =	> 85,5 %	Gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,0 =	> 80,0 %		
2,3 =	> 75,0 %		
2,7 =	> 69,0 %	Befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3,0 =	> 64,0 %		
3,3 =	> 58,0 %		
3,7 =	> 52,5 %	Ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
4,0 =	≥ 50,0 %		
5,0 =	< 50,0 %	Nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Anlage C 1.3 Regelungen zum Vorpraktikum

Zweck des Praktikums

Die Lehrveranstaltungen des Studienbereiches Maschinenbau bauen auf Kenntnissen und Fertigkeiten auf, die nur im industriellen Rahmen durch eigene Anschauung und durch eigene praktische Tätigkeit erworben werden können. Das Praktikum ist daher eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis der Lehrveranstaltungen und für den erfolgreichen Abschluss als Bachelor of Engineering (B.Eng.) Der Student/die Studentin soll vor Studienbeginn bzw. während des Studiums folgende Praktikumsbereiche kennenlernen:

Vorpraktikum (VP):

Bereich 1: Methoden der Formgebung und der Bearbeitung von Werkstoffen in der Industrie

Bereich 2: Funktionsweise, Aufbau und Bedienung von Werkzeugmaschinen in der Industrie

Der erfolgreiche Lehrabschluss eines Metallberufes im Handwerk oder in der Industrie ersetzt das Vorpraktikum (vgl.3.2).

Ausbildungsbetriebe für das Vorpraktikum:

Das Praktikum ist in der Regel in einem Industriebetrieb abzuleisten. Andere Betriebe bedürfen der vorherigen Einzelprüfung. Als Praktikum sind ersatzweise ein mit nachprüfbarer Praktikums­tätigkeit verbundener Fachoberschulabschluss, ein Lehrabschluss oder gleichwertige praktische Ausbildungstätigkeiten aner­kennbar. Etwaige Restpraktika müssen in Industriebetrieben durchgeführt werden. Da es einen festen Begriff "Industriebetrieb" nicht gibt, gelten für die Anerkennung als Industriebetrieb folgende Voraussetzungen:

- mindestens 50 Mitarbeiter und
- mindestens ein beschäftigter Dipl.-Ing. (FH/TH/U) oder Bachelor of Engineering (B.Eng.) des Maschinenbaus und
- industriemäßige Arbeitsorganisation in Betriebsabteilungen (Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Prüffeld/Versuch, Fertigung, Qualitätskontrolle u.ä.).

In Anbetracht des industriellen Charakters des Praktikums und der damit verbundenen vier vorgenannten Praktikumsbereiche werden Praktika in Handwerks- oder Kleinbetrieben sowie im elterlichen Betrieb nur in begründeten Ausnahmefällen anerkannt. Im Interesse eines weitreichenden Überblicks über die Einsatzbereiche des Bachelor of Engineering Maschinenbau ist es daher empfehlenswert, den Ausbildungsbetrieb sinnvoll, auch mehrfach, zu wechseln.

Unter den oben genannten Vorgaben ist die Wahl des Betriebes dem Praktikanten/der Praktikantin freigestellt. Das zuständige Arbeitsamt, die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer sind bei der Vermittlung von Praktikantenstellen behilflich. Dem Studenten/der Studentin obliegt es allerdings, den Nachweis für den geeigneten Industriebetrieb zu erbringen (Firmenprospekt, Bescheinigung).

In jedem Falle sollte sich jeder Student / jede Studentin vor Beginn des Praktikums anhand dieser Praktikumsordnung und möglichst auch durch Beratung durch das Praktikantenamt des Studienbereichs Maschinenbau eingehend informieren. Dieses wird

durch den Praktikantenausschuss als Teil des Prüfungsausschusses wahrgenommen. Dem Praktikantenausschuss gehören gewählte Professoren/Professorinnen und Studenten/Studentinnen des Studienbereiches Maschinenbau an. Die Sprechstunden des Praktikantenamtes sind über das Sekretariat des Studienbereichs zu erfahren.

Praktikumsdurchführung

Dauer

Im Studiengang Maschinenbau ist ein Praktikum von 12 Wochen erforderlich. Es wird empfohlen mindestens 8 Wochen dieses Praktikums vor Studienbeginn zu absolvieren. Der Nachweis ist spätestens zur Anmeldung zur BPT vorzulegen.

Das Praktikum ist in der Regel in einem Industriebetrieb in größeren Abschnitten (Mindestzeit vier Wochen) abzuleisten. Der Nachweis des vollständig abgeleisteten Praktikums und dessen Anerkennung durch den Prüfungsausschuss (vgl. 5) müssen spätestens bei der Anmeldung zur Berufspraktischen Tätigkeit vorliegen.

Inhalt

Ziel des Praktikums

Ziel des Praktikums ist es, im industriellen Rahmen diejenige berufspraktische und betriebliche Vorbildung zu erlangen, die für das Studium zum Bachelor of Engineering Maschinenbau erforderlich ist.

Tätigkeitsfelder, in denen das Vorpraktikum abzuleisten ist:

Vorpraktikum:

a) <u>Manuelles Bearbeiten von Metall-Werkstoffen</u> (z.B. sägen, meißeln, biegen, feilen usw.)*	2 - 4	Wochen
b) <u>Maschinelles Bearbeiten von Metall-Werkstoffen</u>		
1. Spangebende Bearbeitung (z.B. drehen/hobeln/ bohren/fräsen/schleifen/räumen usw.)*	2 - 4	Wochen
2. Spanlose Formgebung (z.B. stanzen/ziehen/fließpressen biegen/schmieden/pressen usw.)*	2 - 4	Wochen
c) <u>Verbindungstechnik</u> bei Metallwerkstoffen (z.B. löten/schweißen/nieten/kleben usw.)**	1 - 3	Wochen
d) <u>Gießereitechnik: Grauguss/Stahlguss/Leicht- oder Schwermetallguss</u>	0 - 3	Wochen
<hr/>		
Summe	12	
Wochen		
<hr/>		

* mind. 3 Einzeltätigkeiten sind nachzuweisen

** mind. 2 Einzeltätigkeiten sind nachzuweisen

Verkürzung

Fachoberschulabschluss:

Bewerbern/Bewerberinnen mit Fachoberschulabschluss (Fachhochschulreife) des Schwerpunkts Maschinenbau kann das im 1. Ausbildungsabschnitt (Klasse 11) der Fachoberschule erbrachte Metallpraktikum als Vorpraktikum anerkannt werden. Im Einzelfall ist bei Nachweis gemäß 4 die Anrechnung bis zu 8 Wochen möglich. Die Fachoberschulen sind aufgefordert, detaillierte Zeugnisse auszustellen, aus denen Art und Dauer der Tätigkeiten hervorgehen.

Metallberufe

Das Praktikum kann den Bewerbern/Bewerberinnen erlassen werden bei folgenden Ausbildungsberufen:

Werkzeugmacher
Werkzeugmechaniker (Stanzw., Umformtechnik)
Maschinenschlosser
Metallbauer
Mechaniker
Industriemechaniker
(Betriebstechnik)
Mechatroniker
Techn. Zeichner (Maschinenbau)
Kraftfahrzeugmechaniker (Automobilmechaniker)
KFZ-Schlosser
Zerspanungsmechaniker
Andere Berufe auf Anfrage.

Ein Praktikum, das nachweisbar in einer bisherigen industriellen Berufstätigkeit enthalten war, kann anerkannt werden (Nachweis siehe Abschnitt 4 !).

Bei den in der obigen Tabelle nicht aufgeführten Berufen der Metallverarbeitung legt der Prüfungsausschuss im Einzelfall Inhalt und zeitlichen Umfang des noch abzuleistenden Vorpraktikums fest.

Ausland

Im Ausland erbrachte Praktikumszeiten können auf Antrag beim Prüfungsausschuss anerkannt werden.

Nachweis

Der Nachweis der praktischen Tätigkeit erfolgt durch

- a) Zeitbestätigung des Betriebes, der Schule (Art, Dauer des Praktikums in Wochen) und ggf. Nachweis über den Industriebetrieb (Kriterien siehe vorn)
- b) Tagesprotokolle, 5 Tage auf 1 Seite DIN A 4 (handelsüblich), des Studenten/der Studentin über die jeweilige Tätigkeit (vom Betrieb/der Schule durch Stempel und Unterschrift bescheinigt)

Anerkennung

Zuständig für die Anerkennung des Praktikums ist der Prüfungsausschuss des Studienbereichs Maschinenbau. Diese Anerkennung erfolgt, wenn der Nachweis gemäß 4 die Ableistung des Praktikums nach Quantität und Qualität glaubhaft erscheinen lässt. Da

dies insbesondere bei praktikumsähnlichen Arbeitstätigkeiten, die gegen marktübliche Bezahlung oder in Kleinbetrieben oder weit vor Studienbeginn durchgeführt wurden, oder in Fällen, in denen der Betrieb inzwischen erloschen ist, geprüft werden muss, wird allen Praktikanten/Praktikantinnen empfohlen, sich rechtzeitig um die Anerkennung durch den Prüfungsausschuss zu bemühen. Der Prüfungsausschuss entscheidet aufgrund eigener Sachkunde.

Anlage C 1.4

Regelungen zur Berufspraktischen Tätigkeit

1. Allgemeines

- 1.1 In den Studiengang Maschinenbau ist im Hauptstudium eine Berufspraktische Tätigkeit (BPT) eingeordnet. Sie wird von der Hochschule vorbereitet, begleitet und nachbereitet.
- 1.2 Die Studentin oder der Student ist selbst für die Beschaffung des Praxisplatzes verantwortlich. Die Hochschule unterstützt die Beschaffung durch Informationen im Rahmen der vorbereitenden Begleitseminare.
- 1.3 Sofern nicht genügend Praxisplätze zur Verfügung stehen und die Studentin oder der Student ihre oder seine erfolglosen Bemühungen nachgewiesen hat, kann im Ausnahmefall eine gleichwertige Ersatzleistung akzeptiert werden. Über Art und Durchführung entscheidet der Prüfungsausschuss. Ein Anspruch auf Ersatzleistung besteht nicht.
- 1.4 Die Ausgestaltung der BPT wird auf der Grundlage eines Musterpraktikumsvertrages zwischen Studentin oder Student und Praxisstelle geregelt (Anhang zu C1.4.1).

2. Ziele

Die Ziele der Berufspraktischen Tätigkeit sind:

- Orientierung im angestrebten Berufsfeld des Ingenieurs im Maschinenbau
- Kennenlernen typischer technischer, organisatorischer und sozialer Zusammenhänge
- Ingenieurmäßige Beteiligung am Arbeitsprozeß anhand konkreter, fest umrissener Projekte und Abläufe

3. Dauer der Berufspraktischen Tätigkeit

Die BPT umfasst 18 CP (= 540 h bzw. 13,5 Wochen). Davon sind 12 Wochen zusammenhängend in der Praxisstelle abzuleisten. Ausfallzeiten sind nachzuholen.

1,5 Wochen betreffen hochschulgeleitete Begleitstudien, die in der Regel in Form von Einführungsseminaren und Abschlusskolloquien abgehalten werden.

4. Zulassung

Die BPT baut auf den im Vorpraktikum und Grundstudium erworbenen Kenntnissen auf. Voraussetzung für die Anmeldung zur BPT beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sind deshalb:

- a) Vollständige Anerkennung des Vorpraktikums
- b) Abschluss des Grundstudiums
- c) Nachweis einer Praxisstelle

Die Hochschule kann eine Praxisstelle ablehnen, wenn diese den Erfordernissen nach Ziffer 6 nicht genügt oder die nach Ziffer 2 vorausgesetzte „ingenieurmäßige Beteiligung am Arbeitsprozeß“ für die Studentin oder den Studenten aufgrund der ihr oder ihm übertragenen Aufgaben nicht sichergestellt ist.

Die BPT wird in der Regel im 7. Studiensemester abgeleistet.

5. **Praxisstellen - Verträge**

5.1 Die BPT wird in Zusammenarbeit von Hochschule und Unternehmen/Institutionen - im folgenden Praxisstelle genannt - so durchgeführt, dass ein möglichst hohes Maß an Kenntnissen und praktischen Fähigkeiten erworben wird.

Vor Beginn der BPT schließt die Studentin oder der Student mit der Praxisstelle einen individuellen Praktikumsvertrag gemäß Anhang C1.4.1 ab. Firmenspezifische Vertragsformulare sind zulässig, sofern sie inhaltlich die im Mustervertrag geforderten Vereinbarungen enthalten. Dieser Vertrag regelt insbesondere:

A. Die Verpflichtungen der Praxisstelle:

- Ausbildung entsprechend der Ziele der BPT nach Ziffer 2
- Ausstellung einer Bescheinigung mit detaillierten Angaben zu zeitlichem Umfang, Inhalten und Ablauf und Erfolg der BPT (BPT-Zeugnis)
- Benennung einer Beauftragten / eines Beauftragten für die Betreuung der Studentin oder des Studenten

B. Die Verpflichtungen der Studentin oder des Studenten:

- Wahrnehmung der Ausbildungsmöglichkeiten
- sorgfältige Ausführung der übertragenen Aufgaben
- Befolgung der Anordnungen der Praxisstelle und der von ihr beauftragten Personen im Rahmen der BPT
- Einhaltung der für die Praxisstelle geltenden Ordnungen und Vorschriften (insbesondere Arbeitsordnung, Unfallverhütungsvorschriften, Schweigepflicht etc.)
- Anfertigung eines BPT-Berichtes mit detaillierter Beschreibung der Tätigkeiten
- Die Studentin oder der Student unterliegt im gleichen Umfang der Schweigepflicht wie die in der Praxisstelle Beschäftigten. Dem steht die Anfertigung von Berichten zu Studienzwecken nicht entgegen. Soweit die Berichte Tatbestände enthalten, die der Schweigepflicht unterliegen, bedarf dies der Einwilligung der Praxisstelle
- Präsentation der Tätigkeit und des Berichts.

5.2 Die Betreuung der Studentin oder des Studenten erfolgt durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten der Praxisstelle. Sie oder er regelt und überwacht die Einweisung der Studentin oder des Studenten in seine

Arbeitsgebiete und Aufgaben und stellt sicher, dass fachspezifische Betreuer mit angemessener Qualifikation für Anleitung und Beratung zur Verfügung stehen.

6. **Tätigkeitsfelder während der BPT**

Die im Studium vermittelten Kenntnisse sollen auf die Lösung von Problemen aus der Praxis angewandt werden. Die Studentin oder der Student soll im Lauf der BPT an die berufliche Tätigkeit eines Maschinenbauingenieurs herangeführt werden. Das Tätigkeitsfeld sollte schwerpunktmäßig in einem oder mehreren der folgenden Bereiche liegen:

- Projektierung / Entwicklung / Konstruktion
- Arbeitsvorbereitung / Produktionsplanung und -steuerung, Produktion/Montage
- Prüffeld / Versuch / Qualitätssicherung

7. **Inhalte und Form der Begleitstudien**

Die von der Hochschule durchgeführten Begleitstudien dienen der Vorbereitung und dem Abschluss der BPT.

Das als Blockveranstaltung vorgesehene **Einführungsseminar** behandelt formale Bedingungen und Aspekte der BPT und vermittelt kommunikative, betriebliche und rechtliche Kenntnisse bezüglich der Praxisstelle, der möglichen Tätigkeitsfelder und des Berufslebens generell.

Das ebenfalls als Blockveranstaltung vorgesehene **Abschlusskolloquium** dient der individuellen Präsentation der Arbeitsergebnisse und Erfahrungen der Studentinnen und Studenten sowie deren Diskussion und Bewertung.

Jede Studentin und jeder Student muss vor Antritt der BPT in der Praxisstelle ein Einführungsseminar besucht und einem Abschlusskolloquium als Zuhörer teilgenommen haben und nach Abschluss der BPT in einem weiteren Abschlusskolloquium selbst über seine BPT berichten.

8. **Status der Studentinnen und Studenten an der Praxisstelle**

Während der BPT, die Bestandteil des Studiums ist, bleibt die Studentin oder der Student an der Fachhochschule Wiesbaden mit allen Rechten und Pflichten immatrikuliert.

9. **Haftung**

Die Fachhochschule Wiesbaden bzw. das Land Hessen haftet für entstandene Schäden nicht. Eine Haftung ist jedoch im Rahmen der vom Studentenwerk Frankfurt abgeschlossenen Haftpflichtversicherung möglich. Der Studentin oder dem Studenten wird der Abschluss einer Haftpflichtversicherung empfohlen.

10. **Studiennachweis**

Der Nachweis über eine ordnungsgemäße Ableistung der BPT wird durch die Leistung der Studentin oder des Studenten in den Begleitstudien, den Praxisbericht, die Präsentation und durch die Vorlage der Bescheinigung der Praxisstelle erbracht.

Anlage C 1.4.1 zu Regelungen für die Berufspraktische Tätigkeit

Praktikumsvertrag zwischen Studentin oder Student und Betrieb (nachfolgend Praxisstelle genannt)

Zwischen Studentin bzw. Student und Praxisstelle sollte ein Praxisvertrag gemäß nachfolgendem Muster abgeschlossen werden:

Praktikumsvertrag für die Berufspraktische Tätigkeit (BPT)

zwischen

..... (Studentin/Student)

.....

.....

.....
(Anschrift, Telefon) (Anschrift, Telefon)

nachfolgend Praxisstelle genannt

1. Allgemeines

Die Ziele der Berufspraktischen Tätigkeit sind:

- Orientierung im angestrebten Berufsfeld des Ingenieurs im Maschinenbau
- Kennenlernen typischer technischer, organisatorischer und sozialer Zusammenhänge
- Ingenieurmäßige Beteiligung am Arbeitsprozeß anhand konkreter, fest umrissener Projekte und Abläufe

2. Pflichten der Vertragspartner

2.1 Die Praxisstelle verpflichtet sich,

- a) die Studentin oder den Studenten in der Zeit vom bis unter Beachtung der Ziele der Berufspraktischen Tätigkeit bei sich zu betreuen,
- b) der Studentin oder dem Studenten eine Bescheinigung auszustellen, die Angaben über den zeitlichen Umfang und die Inhalte der praktischen Tätigkeiten sowie den Erfolg der Ausbildung enthält.

2.2 Die Studentin oder der Student verpflichtet sich,

- a) die im Rahmen der Berufspraktischen Tätigkeit übertragenen Aufgaben sorgfältig auszuführen,
- b) den Anordnungen der Praxisstelle und der von ihr beauftragten Personen nachzukommen
- c) die für die Praxisstelle geltenden Ordnungen, insbesondere Arbeitsordnungen und Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten,
- d) einen schriftlichen Praxisbericht der Ausbildungsabschnitte und der eigenen Aktivitäten im Umfang der geforderten Praktikumszeit anzufertigen.

3. Ausbildungsbeauftragte

Die Praxisstelle benennt Frau / Herrn als Beauftragte bzw. Beauftragten für die Betreuung der Studentin oder des Studenten. Die oder der Beauftragte hat die Aufgabe, die Einweisung der Studentin oder des Studenten in ihre oder seine Arbeitsgebiete und Aufgaben zu regeln und zu überwachen. Die oder der Beauftragte stellt sicher, daß Betreuerinnen oder Betreuer mit angemessener Qualifikation für Beratungen und regelmäßige Anleitungsgespräche zur Verfügung stehen.

4. Vergütung

Die Vergütung beträgt Euro.....

5. Haftpflicht

Der Studentin oder dem Studenten wird der Abschluß einer Haftpflichtversicherung empfohlen.

6. Schweigepflicht

Die Studentin oder der Student unterliegt im gleichen Umfang der Schweigepflicht wie die in der Praxisstelle Beschäftigten. Dem steht die Anfertigung von Berichten zu Studienzwecken nicht entgegen. Soweit die Berichte Tatbestände enthalten, die der Schweigepflicht unterliegen, bedarf dies der Einwilligung der Praxisstelle

7. Auflösung des Vertrages

Der Vertrag kann von beiden Seiten nach Anhörung der Fachhochschule Wiesbaden aus wichtigem Grund fristlos gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die vertraglichen Pflichten zu Ziffer 2 gröblich und nachhaltig verletzt werden.

8. Vertragsausfertigungen

Dieser Vertrag wird in drei gleichlautenden Ausfertigungen unterzeichnet. Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung. Die dritte leitet die Studentin oder der Student unverzüglich der Fachhochschule Wiesbaden zu.

....., den

Ort

Datum

.....
(Praxisstelle)

.....
(Studentin/Student)

FHW FB Ingenieurwissenschaften Prüfungsausschuss

Studienbereich Maschinenbau

Nachweisbogen zur Anerkennung von Vorpraktikum und BPT im Bachelorstudiengang Maschinenbau

Name, Vorname.....Matr.-Nr.:.....Abitur (ja/nein)

Lehrberuf/IHK-Abschluss..... Geprüft (Dat./gez.)

Fachoberschule..... Geprüft (Dat./gez.)

Die Studentinnen und Studenten haben die vorgeschriebenen Praktikumswochen beim Prüfungsausschuss nachzuweisen und bestätigen zu lassen. Der Nachweisbogen ist wahrheitsgemäß auszufüllen und mit Originalzeugnissen und Bescheinigungen in den Sprechstunden vorzulegen. Die Vollständigkeit des Praktikums wird abschließend ins Studienbuch eingetragen. Nur mit diesem Eintrag kann eine Anmeldung (und Beginn) zur Bachelorthesis erfolgen. Das Nichterfüllen dieser Voraussetzung oder selbstverschuldete Versäumnisse bewirken eine Nichtzulassung zur Bachelorthesis.

Vorpraktikum				Prüfungsausschuss		
Tätigkeitsfeld (laut Praktikums- ordnung)	bei Firma/ Ort	von bis	Soll- wochen	Vorgabe (geplant/ gefordert)	anerkannt (in Wochen)	Unterschrift/ Datum
Manuelles Bearbeiten			2-4			
Masch. Bearbeiten spangebend			2-4			
Masch. Bearbeiten spanlos			2-4			
Verbindungstechnik			1-3			
Gießereitechnik			0-3			
Summe		Mind	12			
Berufspraktische Tätigkeit				Prüfungsausschuss		
Tätigkeitsfeld						
Firma						

Zeitraum = 12 Wochen	
Begleitveranstaltung	
Begleitveranstaltung	

Rüsselsheim, den.....Vertreter des Prüfungsausschusses,
Prof.....

Diploma Supplement

Diese Diploma Supplement-Vorlage wurde von der Europäischen Kommission, dem Europarat und UNESCO/CEPES entwickelt. Das Diploma Supplement soll hinreichende Daten zur Verfügung stellen, die die internationale Transparenz und angemessene akademische und berufliche Anerkennung von Qualifikationen (Urkunden, Zeugnisse, Abschlüsse, Zertifikate, etc.) verbessern. Das Diploma Supplement beschreibt Eigenschaften, Stufe, Zusammenhang, Inhalte sowie Art des Abschlusses des Studiums, das von der in der Originalurkunde bezeichneten Person erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Originalurkunde muss diesem Diploma Supplement beigefügt werden. Das Diploma Supplement sollte frei sein von jeglichen Werturteilen, Äquivalenzaussagen oder Empfehlungen zur Anerkennung. Es sollte Angaben in allen acht Abschnitten enthalten. Wenn keine Angaben gemacht werden, sollte dies durch eine Begründung erläutert werden.

This Diploma Supplement model was developed by the European Commission, Council of Europe and UNESCO/CEPES. The purpose of the supplement is to provide sufficient independent data to improve the international 'transparency' and fair academic and professional recognition of qualifications (diplomas, degrees, certificates etc.). It is designed to provide a description of the nature, level, context, content and status of the studies that were pursued and successfully completed by the individual named on the original qualification to which this supplement is append. It should be free from any value judgements, equivalence statements or suggestions about recognition. Information in all eight sections should be provided. Where information is not provided, an explanation should give the reason why.

1. INHABER/IN DER QUALIFIKATION / HOLDER OF THE QUALIFICATION

1.1 Familienname / Family Name:

1.2 Vorname / First Name:

1.3 Geburtsdatum, -ort, -land / Date, Place, Country of birth:

1.4 Matrikelnummer oder Code des/der Studierenden / Student ID Number or Code:

2. QUALIFIKATION / QUALIFICATION

2.1 Bezeichnung der Qualifikation / Name of Qualification:
Bachelor of Engineering / B.Eng.

2.2 Hauptstudienfach oder -fächer / Main Fields of Studies:
Maschinenbau / Mechanical Engineering

2.3 Name der Einrichtung, die die Qualifikation verliehen hat / Institution Awarding the Qualification:
**Fachhochschule Wiesbaden / University of Applied Sciences
Kurt-Schumacher-Ring 18
D – 65197 Wiesbaden**

2.4 Einrichtung, die den Studiengang durchgeführt hat / Institution Administering Studies:
Fachbereich Ingenieurwissenschaften / Department Engineering Sciences

2.5 Im Unterricht / in den Prüfungen verwendete Sprachen / Language(s) of Instruction / Examination:
Deutsch / German

3. EBENE DER QUALIFIKATION / LEVEL OF QUALIFICATION

3.1 Ebene der Qualifikation / Qualification Level:
**Erste Qualifikationsstufe (3 ½ Jahre), ein Studienfach, mit Abschlussarbeit (12 Credit Points)
Graduate/first degree (3 ½ years), single subject, with thesis (12 Credit Points)**

3.2 Zugangsvoraussetzungen / Access Requirements:
Higher Education Qualification (Fachhochschulreife) or General/Specialized Higher Education Qualification (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife)

4. INHALTE UND ERZIELTE ERGEBNISSE / CONTENTS AND RESULTS

4.1 Studienform / Mode of Study:

Vollzeit, 3 ½ Jahre / Full-Time, 3 ½ years

4.2 Anforderungen des Studiengangs / Qualifikationsprofil der Absolventin/des Absolventen / Programme Requirements / Qualification Profile of the Graduate

Der Studiengang vermittelt Technisches Verständnis auf Basis von wissenschaftlichen Methoden in den Bereichen Mathematik, Physik, Mechanik, Konstruktion, Produktion, Strömungslehre, Thermodynamik, Berechnung, Wirtschaft und Recht.

Folgende Merkmale prägen den Studiengang:

- Berufsqualifizierende Ausbildung zum Bachelor of Engineering mit methodischem Breitenwissen und Querschnittsorientierung im Maschinenbau als Basis für verschiedene Berufsbilder
- Vermittlung von technischen, fachspezifischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen
- Vermittlung von analytischem Denken als Basis zur eigenständigen Lösungsfindung
- Vermittlung von Schlüsselqualifikationen einschließlich technischem Englisch
- Qualifizierung zu weiterführenden Masterstudiengängen aus dem Bereich des Maschinenbaus und verwandten Studiengängen

Studierende sind angehalten ihre Abschlussarbeit in der Industrie zu absolvieren. Während des Studiums besteht die Möglichkeit, sich an Projekten und Forschungsaktivitäten zu beteiligen.

Der Studiengang beinhaltet eine Berufspraktische Tätigkeit mit 18 Creditpoints und einer Bachelorthesis mit 12 Credit Points. Das gesamte Programm findet an der Fachhochschule Wiesbaden am Studienort Rüsselsheim statt.

The programme provides technical knowledge based on scientific research in the fields of mathematics, physics, mechanics, design, manufacturing, fluid mechanics, thermodynamics, analysis, economics and law.

The aims and objectives of the programme are as follows:

- It shall provide scientific knowledge and technical competences, including technical English, through interdisciplinary studies in Mechanical Engineering to prepare students for various professions.
- Students shall be able to develop their analytic abilities as a base for future solution finding.
- The programme shall promote critical awareness of common methods.
- To prepare for cooperative roles in all segments of Mechanical Engineering.
- To enable students to continue their education with a master degree in Mechanical Engineering and related subjects.

Students are encouraged to write their final thesis in industry. During their studies they are invited to cooperate with current research activities and projects.

The whole programme includes an internship with 18 credit points and a thesis with 12 credit points.

The programme takes place at the Fachhochschule Wiesbaden, University of Applied Sciences, in Rüsselsheim.

4.3 Einzelheiten zum Studiengang / Programme Details:

Siehe „Transcript of Records“ als Nachweis für belegte Module und deren Bewertung. Die Bewertung einzelner Leistungen (schriftliche und mündliche Leistungen) und der Titel der Thesis können dem Abschlusszeugnis und der Abschlussurkunde entnommen werden.

See „Transcript of Records“ for list of courses attended, acquired grades and final examination certificate for subjects taken, final examinations results (written and oral examinations) and topic of thesis, including evaluations

4.4 Notensystem und Hinweise zur Vergabe von Noten / Grading Scheme

Nationales Notensystem, Einzelheiten siehe Abschnitt 8.6., National Grading Scheme, cf. Sect. 8.6.

4.5 Gesamtnote / Overall Classification:

5. STATUS DER QUALIFIKATION / FUNCTION OF THE QUALIFICATION

5.1 Zugang zu weiterführenden Studien / Access to Further Study:

Ermöglicht den Zugang zu Master- Studiengängen im Bereich Ingenieurwissenschaften
Qualifies to apply for admission for Master – Programmes

**5.2 Beruflicher Status / Additional Information:**

Der Abschluss Bachelor of Engineering ermöglicht den Titel "Ingenieur" zu tragen und als Ingenieur im Bereich Maschinenbau tätig zu werden.

The Bachelor degree entitles its holder to the legally protected professional title "Ingenieur" and to exercise professional work (engineering) in the fields of mechanical engineering.

6. WEITERE ANGABEN / ADDITIONAL INFORMATION**6.1 Weitere Angaben / Further Information Sources:**

Der Inhaber dieses Dokuments arbeitete ... Semester als Tutor in der Lehrveranstaltung.....
The holder served ... semesters as tutor in the course on "....."

6.2 Informationsquellen für ergänzende Angaben / Further Information Sources

Weitere Informationen zur Fachhochschule Wiesbaden unter www.fh-wiesbaden.de
Über die Nationalen Informationen siehe auch Abschnitt 8.8

About the institution see www.fh-wiesbaden.de
for national information sources see Section 8.8

7. ZERTIFIZIERUNG / CERTIFICATION

Dieses Diploma Supplement nimmt Bezug auf folgende Originaldokumente: /This Diploma Supplement refers to the following original documents:

Urkunde über die Verleihung des Grades vom / Certificate of Academic Degree: Datum
Prüfungszeugnis vom / Final exam date : Datum
Transcript of Records vom / Examination Records: Datum

DATUM DER ZERTIFIZIERUNG / Date of CERTIFICATION Datum

Dekan / Dean

Vorsitzender des Prüfungsausschuss /
Head of the Examination Committee